

# Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.11 / 12 - 62. Jahrgang

26. Mai 2012

## 8,50 Euro im Vergabegesetz

**Das Vergabegesetz, dessen Neufassung am Donnerstag im Abgeordnetenhaus beraten wurde, sieht künftig einen Mindestlohn von 8,50 Euro (bisher 7,50 Euro) bei der Vergabe öffentlicher Aufträge vor.**

Nach Diskussion in Fraktion und Landesvorstand ist der Antragstext von SPD und CDU noch einmal präzisiert worden. Zunächst sollte das Gesetz auf Wunsch der CDU nur für Aufträge von mehr als 10.000 Euro gelten. In Nachverhandlungen hat die SPD-Fraktion nun erreicht, dass es - bezogen auf den Mindestlohn - weiterhin bei Auftragsvergaben ab 500 Euro gilt. Auch die DGB-Vorsitzende Doro Zinke hatte gewarnt, dass eine höhere Auftragsgrenze zu einer Aufweichung des Mindestlohns führen würde. Für die Einbeziehung umweltfreundlicher Standards in das Vergabegesetz konnte die CDU nicht gewonnen werden. **BS □**

## ASF fordert Schutz vor Gewalt

**Auf der Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) sind mehrere Anträge der Berliner ASF beschlossen worden, darunter jene zum Schutz von Frauen vor häuslicher Gewalt, zur Eindämmung sexistischer Werbung und zur Umsetzung der UN-Sicherheitsrats-Resolution 1325 in Deutschland, die Frauen in Kriegen u.a. vor sexualisierter Gewalt schützen soll.**

Darüber hinaus beschlossen die Delegierten umfangreiche Anträge zu den Themen Frauen-Arbeit-Zukunft, Alterssicherung und Pflege, die eine gute inhaltliche Grundlage für das Regierungsprogramm der SPD 2013 bilden. Berlin ist weiterhin mit der Arbeitsmarktpolitikerin Margrit Zauner als Beisitzerin im ASF-Vorstand vertreten. **BS □**

Landesparteitag:

## Die SPD vor der Wahl

Mitglieder diskutieren über künftigen Landesvorstand

**Es bleibt dabei: Der Landesvorstand der Berliner SPD hat am Montag entschieden, am geplanten Parteitag mit der Wahl des Landesvorstands am 9. Juni festzuhalten. Eine Verschiebung, um eine Mitgliederbefragung über den Landesvorsitz zu ermöglichen, wurde damit abgelehnt.**

Eine solche Befragung wollen Antragsteller aus Spandau über ein Mitgliederbegehren durchsetzen. Dazu haben sie bereits gut die Hälfte der notwendigen Unterschriften gesammelt, die Frist läuft bis zum 2. August. Abgekürzt werden könnte das Verfahren noch durch entsprechende Anträge von fünf Kreisen. Als dritter Kreis hat Treptow-Köpenick am Mittwochabend einen der Form entsprechenden Antrag beschlossen.

Die 225 Parteitagsdelegierten, die im Estrel-Hotel in Neukölln zusammenkommen, wählen turnusmäßig für zwei Jahre den neuen Landesvorstand und werden sich dann mit einem 92seitigen Antragsbuch befassen. Themen der Anträge sind u.a. die Bewältigung der Finanzkrise in Eu-



Diskutieren über den künftigen Weg der SPD: der Landesvorsitzende Michael Müller und Herausforderer Jan Stöjß. Foto: Horb

ropa sowie die Forderung nach einem Bundesvergabegesetz, mit dem ein Mindestlohn festgeschrieben werden kann. Weitere Anträge befassen sich mit der Absicherung der Musikschullehrer, der Situation bei der S-Bahn sowie einer Unterstützung des Volksbegehrens „Neue Energie für Berlin – demokratisch, ökologisch, sozial“.

→ siehe auch Seite 5, 6 und 14

## Europa darf sich nicht arm sparen

SPD-Bundestagsfraktion fordert Finanztransaktionssteuer

**Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich zum Ziel der Haushaltskonsolidierung bekannt. Sie müsse aber, so der Parlamentarische Geschäftsführer Thomas Oppermann, durch Einnahmeerhöhungen, etwa eine Finanztransaktionssteuer, gelingen. Durch reines Sparen, so Oppermann, werde ein Staat arm.**

Oppermann wandte sich „gegen eine unkontrollierte Vergemeinschaftung von Schulden“. Vor allem die EZB dürfe dafür nicht missbraucht werden – was de facto durch die Bundesregierung geschehe. Wichtig sei stattdessen, Staaten in die Lage zu versetzen, ihre Schulden von allein finanzieren zu können. In der Diskussion ist derzeit auch ein Schuldentilgungsfonds, in

den die über 60 Prozent liegende Staatsverschuldung ausgelagert werden kann.

Eine Debatte über Eurobonds, so Oppermann,

**LIEBE LESERINNEN UND LESER,**  
DIE NÄCHSTE AUSGABE DER BERLINER  
STIMME ERSCHEINT NACH DEM  
LANDESPARTEITAG AM 16. JUNI 2012.  
IHRE REDAKTION

mann, sei nicht grundsätzlich verkehrt. Für die SPD stehe aber fest: Diese gemeinsamen Staatsanleihen ergeben nur Sinn, wenn sie nicht isoliert eingeführt werden, sondern im Rahmen einer Wirtschafts- und Finanzregierung in Europa – die es nicht gibt. **BS □**



Verleihung des Magnus-Hirschfeld-Preises durch die Schwusos: Die Jury hat sich für Dagmar Schultz und Tennis Borussia Berlin e.V. entschieden. Dagmar Schultz ist seit über 40 Jahren eine äußerst engagierte Feministin, Soziologin und Verlegerin (sie gründete den Orlanda Frauenverlag). Der Berliner Traditionsverein Tennis Borussia ist seit Jahren ein aktiver Akteur im Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Homophobie. Mit der Initiative Fußballfans gegen Homophobie leistet der Verein einen entscheidenden Beitrag für die Enttabuisierung von Homosexualität im Fußball. Foto: Giannini

## „Blick nach Osten richten“

Raed Saleh und Ralf Holzschuher zu Gesprächen in Polen

In Polen hat sich in den letzten Jahren eine der dynamischsten Volkswirtschaften Europas herausgebildet, deren Potenziale nur 80 Kilometer von Berlin entfernt liegen. Seit 2008 arbeitet eine Partnerschaftsbeauftragte Brandenburgs in Poznan. Ihre Hauptaufgabe ist das Knüpfen von Kontakten zwischen den Regionen Brandenburg und Großpolen.

Für die SPD-Fraktionsvorsitzenden von Berlin und Brandenburg, Raed Saleh und Ralf Holzschuher, war die Arbeit der Brandenburgischen Partnerschaftsbeauftragten Angelika Menze ein guter Anlass, um die Chancen der Zusammenarbeit der Region Berlin-Brandenburg und Posens zu erkunden. Begleitet wurden die beiden Fraktionsvorsitzenden vom Berliner Abgeordneten Alexander Lubawinski und dem Geschäftsführer der SPD-Fraktion Brandenburgs, Thomas Kralinski. Schnell wurde klar: Unsere östlichen Nachbarn interessieren sich natürlich nicht nur für das Land Brandenburg, sondern auch für die Metropole Berlin als Partner für Handel und Investitionen.

Vor Ort stellte Angelika Menze die Projektstruktur dar und schilderte die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Regionen. Beim Vorsitzenden der Posener Messgesellschaft, Andrzej Byrt, gab es ein herzliches Wiedersehen mit Alexander Lubawinski. Byrt war früher polnischer Botschafter, die beiden Politiker kennen sich seit Jahrzehnten.

Im Anschluss traf die Delegation Vertreter der Posener Wirtschaft und diskutierte über Fragen des Markteintritts deutscher und polnischer Unternehmen im jeweiligen Nachbarland und die unterschiedlichen Konzepte von Ausbildung und Perso-



Ralf Holzschuher, Thomasz Kayser, Vizebürgermeister von Poznan, Raed Saleh. Foto: T. Kralinski

nalentwicklung. Natürlich ging es bei den Gesprächen auch um den Flughafen BER, an dem sich die polnische Seite sehr interessiert zeigte. Schließlich stammt schon heute jeder achte Nutzer des Flughafens Schönefelds aus Polen, der neue Flughafen kann gerade für die Region Großpolen eine Rolle als Drehkreuz spielen. Denn die Entfernung von Poznan nach Berlin ist kürzer als die nach Warschau.

Bei einem Gespräch mit dem Vizepräsidenten von Poznan, Thomasz Kayser, zeigte sich Raed Saleh beeindruckt über die hohe Investitionsquote von 30 Prozent des Haushalts der Stadt. Raed Salehs Fazit der Reise: „Für Berlin liegen in der Region Großpolen enorme wirtschaftliche Potenziale. Wir Berliner sollten unseren Blick nach Osten richten und die Regionen noch besser vernetzen.“

Berlin könnte aber auch selbstbewusst als sicherer Standort für Investitionen auftreten, so Raed Saleh. „Es wäre gut, wenn Berlin und Brandenburg dabei so oft wie möglich einheitlich auftreten, denn das wirtschaftliche Interesse der polnischen Nachbarn macht nicht an den Grenzen der Bundesländer halt.“ **F. F.** □

## POLITIK PERSÖNLICH

Marc Schulte, stellvertretender Landesvorsitzender, und sein Partner Martin Schmidtner setzen eine Tradition fort. Auf der Internetseite <http://blog.vorwaerts.de/tags/esc> berichten sie aktuell über den Verlauf des Eurovision Song Contest in Baku, der am heutigen Sonnabend mit dem Finale endet. Dabei beobachten sie nicht nur die teilnehmenden Künstlerinnen und Künstler, geben erste Eindrücke von der Stadt, dem Veranstaltungsort und den Proben wider, sie schauen auch auf die politischen Rahmenbedingungen. „Im Euroclub, der allabendlichen Tanzfläche der Fans, erging gestern an alle auflegenden Gast-DJs ein striktes Verbot, armenische ESC-Titel aufzulegen“, merkten sie zum Beispiel am 19. Mai an. Und am 20. Mai heißt es: „Einen unpolitischen Contest will die EBU, verbietet laut Reglement Künstlerinnen und Künstlern politische Beiträge im Zusammenhang mit ihrem Auftritt, lässt aber die lokalen Veranstalter hemmungslos den Song Contest für ihre Politik missbrauchen.“

Rüdiger Scholz, langjähriger Landesgeschäftsführer der Berliner SPD, ist an seine alte Wirkungsstätte im Willy-Brandt-Haus zurückgekehrt. Seit dieser Woche ist er dort vor allem für die Großveranstaltungen rund um das Parteijubiläum im kommenden Jahr zuständig.

Astrid Klug, seit 15. November 2009 Bundesgeschäftsführerin der SPD, legt ihr Amt aus familiären Gründen zum Ende des Monats nieder. Ihre Stelle wird bis auf weiteres nicht besetzt, die Aufgaben wurden innerhalb des Hauses neu verteilt.

Stephan Schweizer, ehemaliger saarländischer SPD-Geschäftsführer und bisheriger Abteilungsleiter im Willy-Brandt-Haus, übernimmt die Position eines „technischen Wahlkampfleiters“ in der SPD-Bundeszentrale. Er wird damit für die praktische Umsetzung der Bundestagswahlkampagne zuständig sein. □

### Berliner Stimme

**Herausgeber:** SPD Landesverband Berlin  
**Verlag:** wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin  
**Redaktion:** Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin  
**Abo-Service:** Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de  
 Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)  
**Druckerei:** KORREkt Mailingservice Berlin



BER:

# Keine „Mensch-Maschine-Schnittstelle“

## Flughafen Willy Brandt: Startklar frühestens am 17. März

Die Verärgerung von Klaus Wowereit und Matthias Platzeck war sichtbar. Nachdem sie wenige Tage zuvor bereits die Flughafen-Eröffnung hatten absagen müssen, stand nach der Sitzung des Aufsichtsrats in der vergangenen Woche fest, dass der Flugbetrieb wohl erst ab 17. März kommenden Jahres möglich sein wird. Früher sind die Brandschutzvorgaben offenbar nicht zu erfüllen. Damit folgt der Flughafen BER dem unschönen Schicksal zahlreicher Großprojekte wie der Hamburger Elbphilharmonie oder dem Stuttgarter Hauptbahnhof, deren Fertigstellung sich deutlich verzögert hat.

Der Aufsichtsrat hat daraus personelle Konsequenzen gezogen. Der Geschäftsführer Betrieb/BBi, Dr. Manfred Körtgen, 2004 als Bereichsleiter Planung und Bau BBI zur Flughafengesellschaft gekommen und mit der Leitung des bereits existierenden Planungsteams betraut, verantwortete ab September 2008 den Bau des Flughafens Berlin Brandenburg. Er verlässt nun zum Juni das Unternehmen. Zugleich entschied der Aufsichtsrat, das Vertragsverhältnis mit der pg bbi zu beenden. Die pg bbi als Generalplaner und Verantwortlicher für die Objektüberwachung besteht aus der J.S.K. International Architekten und Ingenieure GmbH und der gmp Generalplanungsgesellschaft mbH. Dahinter stehen namhafte Architektenbüros.

### WAREN DIE PLANER ZUM SCHLUSS ÜBERFORDERT?

Der Planungsgesellschaft wird vor allem aus Firmenkreisen die Verantwortung für die Verzögerung angelastet. Firmen seien Pläne gegeben worden, die nicht zum Baufortschritt passten, die Abfolge der Arbeiten habe nicht mehr gestimmt, zum Schluss seien immer mehr Firmen herangezogen worden, die sich gegenseitig behinderten, so die Berichte.

Für die Planung des Terminals war zunächst ein Generalunternehmer gesucht worden. Vier Anbieter, die sich daruffin beworben hatten, lagen mit ihren Angeboten von über einer Milliarde Euro deutlich über den von der Flughafengesellschaft veranschlagten 650 Millionen Euro. So hatte die Flughafengesellschaft zusammen mit den Planungsbüros diese Leistung 2007 selbst übernommen.

In der Aufsichtsratssitzung wurde auch Kritik am Risikomanagement der BER-Planer geübt. Die durch die verspätete Fertigstellung der anspruchsvollen Brandschutz-



Probetrieb am BER. Foto: Günter Wicker / Flughafen Berlin Brandenburg

anlage entstandenen Risiken seien unterschätzt worden. Die Flughafengesellschaft in ihrer Bestandsaufnahme: „Die Situation auf der Baustelle hatte sich zuletzt auch dadurch verschärft, dass verschiedene Gewerke mit ihren Arbeiten im Rückstand waren und Planungen, Bauarbeiten, Mitarbeiterschulungen und Probetrieb gleichzeitig vorangetrieben werden mussten. Daher konnten im Probetrieb viele Szenarien nicht wie geplant getestet werden. Auch kam es immer wieder zu Störungen des Probetriebs durch Bauarbeiten (etwa Stromklau durch Bauarbeiter, infolgedessen ganze Check-in-Inseln ausfielen). Weiteres Manko des gegenwärtigen Bautenstandes am BER ist die mangelnde Stabilität einzelner Systeme, vor allem in Teilen der Datentechnik und der sicherheitstechnischen Anlagen (z. B. LAN-Netze, Brandmeldeanlage, Türsteuerung).“

Bis Mitte März kommenden Jahres decken die Flughäfen Tegel und Schönefeld weiter den Flugbetrieb in Berlin ab. Nach der Sitzung des Verkehrsausschusses zeigte sich der verkehrspolitische Sprecher der SPD im Berliner Abgeordnetenhaus, Ole Kreins, überzeugt, dass alle geplanten Flüge bis zum 17. März stattfinden werden.

Die zusätzlichen Kosten für das Flughafenprojekt sind derzeit noch nicht absehbar. Kreins betonte, der Nutzen sei höher als die Kosten. Der Flughafen sei für die Region wichtig, er stärke die Wirtschaftskraft und schaffe Arbeitsplätze. Zwar wollen Fluggesellschaften aufgrund der Verschiebung Schadenersatz verlangen, Kreins wies aber darauf hin, dass die Start- und Landegebühren in Schönefeld und Tegel, die jetzt anfallen, niedriger sind als am künftigen Hauptstadtflughafen.

Bis zum 8. Mai hatten die beteiligten Unternehmen den Eindruck erweckt, trotz der

Probleme mit der Installation der Brandschutzanlage könne der Eröffnungstermin gehalten werden. So hatten sich die BER-Planer entschieden, die Brandschutzanlage zum 03. Juni übergangsweise in einer „teilautomatisierten“ Version fertigzustellen und in den Monaten nach der geplanten Eröffnung die Vollautomatisierung herzustellen. So lange sollten Aushilfskräfte tätig werden.

In einem Brief des Bauordnungsamtes vom 09. Mai an die Flughafengesellschaft hieß es dann: „Ein weiterer Antrag, der die Nutzung des Terminals mit Interimsmaßnahmen wie zum Beispiel die Mensch-Maschine-Schnittstelle beinhaltet, wird nicht zum Erfolg führen.“ Danach war den Planern klar, dass der Flughafen nur mit der ursprünglich geplanten vollautomatisierten Brandschutzanlage in Betrieb gehen kann. Nach Auskunft der BER-Planer dauern die nun anstehenden Arbeiten an der Brandschutzanlage und insbesondere die Inbetriebnahme von deren zentralem Teil, der sogenannten Anlage 14, bis zum Dezember 2012.

### NEUE ZEITPLANUNG VERRINGERT RISIKEN

„Mit der neuen Zeitplanung soll das Risiko vermieden werden, dass die veranschlagte Zeitdauer für Abnahmen und Zertifizierungen wiederum nicht ausreicht“, teilte die Flughafengesellschaft mit. „Zudem ist ein Flughafenumzug im Winter aufgrund der Schlechtwettergefahr und damit einhergehender operationeller Einschränkungen zu risikoreich und grundsätzlich nicht empfehlenswert.“

Der Aufsichtsrat folgte der Empfehlung der Geschäftsführung, die weiteren notwendigen Schritte bis zur Inbetriebnahme des Flughafens erst nach Fertigstellung der Bauarbeiten anzugehen. Im Einzelnen sind dies die sogenannte Wirk- und Komplexprüfung durch zertifizierte Gutachter, die anschließende Prüfung durch das Bauordnungsamt, weitere Probetriebstage, die Widmung des Flughafengeländes als Sicherheitsbereich (sogenanntes Scharfschalten der §8-Sicherheitslinie) sowie die Anlieferung von Waren in Lagerräume, Laden- und Gastronomieeinheiten. Zuletzt waren im Probetrieb immer wieder Störungen des Ablaufs und der Gepäcktransporte deutlich geworden. Unklar ist, ob und wie die Geschäftsinhaber entschädigt werden, die auf dem neuen Flughafen am 3. Juni Läden und Restaurants eröffnen wollten.

Stadtentwicklung:

# „Bündnis für Wohnen“

Jährlich fast 1000 neue Wohnungen in Lichtenberg - Unterstützung vom Stadtentwicklungssenator

**Lichtenberg geht mit gutem Beispiel voran: In einem „Bündnis für Wohnen“ haben sich Bezirk und Wohnungsunternehmen gemeinsame Ziele gesetzt. „In dem ‚Bündnis für Wohnen‘ bekräftigen die Bauherren und das Bezirksamt ihren gemeinsamen festen Willen, auf kooperativem Wege attraktives und bezahlbares Wohnen aktiv zu gestalten“, so Bezirksbürgermeister Andreas Geisel. „Dieses Thema wird in Lichtenberg modellhaft für Berlin diskutiert.“**

Berlin bleibt attraktiv - allein im vergangenen Jahr zogen rund 30.000 Menschen neu in die Stadt und suchten hier eine Wohnung. Entsprechend rasch sinkt der Leerstand. So meldet etwa der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU), in dem sich 142 Unternehmen zusammengeschlossen haben, in seinen Beständen nur noch einen Leerstand von 2,6 Prozent, das sind rund 17.000 Wohnungen, 3000 weniger als im vergangenen Jahr. Gut ein Viertel davon gilt als nicht mehr marktfähig, bei den übrigen ist der Leerstand meist nur sehr kurzfristig.

Das von Stadtentwicklungssenator Michael Müller in der Vorwoche vorgestellte Bündnis für bezahlbare Mieten mit den Wohnungsbaugesellschaften zielt vor allem auf Bestandswohnungen. Beim Lichtenberger Bündnis für Wohnen steht nun der Wohnungsneubau im Mittelpunkt.

Im Koalitionsvertrag von SPD und CDU ist vereinbart, dass der Wohnungsbau in Berlin bis 2016 deutlich angekurbelt wird, 30.000 neue Wohnungen sollen entstehen.



Bauprojekt in Karlshorst.

Foto: Horb

Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften und die Wohnungsgenossenschaften in Berlin spielen bei der Umsetzung dieses Vorhabens eine zentrale Rolle, aber auch zahlreiche private Investitionen. Allein im Bezirk Lichtenberg werden 2012 und 2013 jeweils fast 1.000 neue Wohnungen entstehen.

Bürgermeister Andreas Geisel: „Lichtenberg ist kinder- und familienfreundlicher geworden. Deshalb ziehen Familien zu uns und die Kinderzahlen steigen deutlich an. Das ist eine sehr positive Entwicklung. Sie bedingt aber auch, dass wir für die erforderliche Infrastruktur sorgen, also neue Kita- und Schulplätze und Wohnraum anbieten müssen, und das möglichst schnell. Diese Wohnungen sollen dann aber auch für normale Familien bezahlbar sein. Da schon die reinen Baukosten für Neubauwohnungen die derzeitigen Durchschnittsmieten übersteigen, müssen wir mit den Bauherren zu Vereinbarungen kommen, die einerseits schnelles Bauen und andererseits weiterhin bezahlbare Mieten ermöglichen.“

Senator Michael Müller: „Bei steigenden Einwohnerzahlen muss es auch Wohnungsneubau geben, um steigenden Mieten wirkungsvoll zu begegnen. Ein Bündnis vieler Akteure wie in Lichtenberg, das die Entstehung von Neubauprojekten fördert, hilft dabei. Ich würde mir wünschen, dass auch in anderen Bezirken solche Bündnisse ins Leben gerufen werden, denn jede zusätzliche Neubauwohnung entlastet den Wohnungsbestand.“

In Lichtenberg werden 2012/13 u. a. folgende Wohnungsbauprojekte umgesetzt:

- 350 Wohnungen in den ehemaligen Studentenwohnheimen an der Treskowallee/Römerweg

- 400 Wohnungen im „Quartier 216“ an der Frankfurter Allee 216

- 200 Wohnungen in den ehemaligen Sportlerwohnheimen in der Konrad-Wolf-Straße

- 1.200 Wohneinheiten in der Gartenstadt Karlshorst

- 400 Wohnungen in den ehemaligen Wohnheimen Wartenberger Straße

Für weitere Vorhaben in den nächsten Jahren hat der Bezirk Potenzialflächen für etwa 8.000 weitere Wohneinheiten identifiziert, erarbeitet einen Bezirksentwicklungsplan Wohnen und wird sich verpflichten, die notwendigen Genehmigungsverfahren zügig durchzuführen. Weitere Bestandteile des Bündnisvertrags werden Klimaschutz und Energieeffizienz sowie Städtebau und architektonischer Anspruch sein. **BS □**

## Bessere Chancen auf betriebliche Ausbildung

Sonderkommission zieht positive Bilanz - Dilek Kolat: Anstrengungen müssen fortgesetzt werden

**Die Situation im Ausbildungssektor hat sich in Berlin leicht verbessert. Im September 2011 gab es rund 1.300 unversorgte Bewerberinnen und Bewerber und knapp 450 freie Ausbildungsplätze. Die Gesamtzahl der neu abgeschlossenen vollbetrieblichen Ausbildungsverträge stieg von 15.214 im Jahre 2010 auf 15.286 im vergangenen Jahr. Ferner konnten, wie vereinbart, schulische Berufsvorbereitungsmaßnahmen zurückgefahren werden.**

„Die Soko Ausbildungsplatzsituation und Fachkräfteentwicklung ist auf einem guten Weg“, so Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit zu den Ergebnissen der Sonderkommission. „Die Zwischenbilanz zeigt, wie wichtig die Zusammenarbeit von Senat, Kammern, Verbänden und der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg ist. Gemeinsam können wir jungen Menschen in unserer Stadt gute berufliche Perspektiven in öffentlichen und privaten Betrieben bieten. Das stärkt unser Gemeinwesen und schafft die Grundlagen für eine weitere positive wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt.“

„Es bleibt die entscheidende Aufgabe der nächsten Jahre“, erklärte die Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, Dilek Kolat, „unsere Anstrengungen darauf auszurichten, allen jungen Berlinerinnen und Berlinern die Chance auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu geben. Das schließt ein, noch gezielter für die Chancen einer dualen Berufsausbildung zu werben, um

nachhaltig den Bedarf an Fachkräften zu decken.“

Die hohe Zahl von rund 16.000 Altbewerberinnen und -bewerbern belegt, dass es weiter intensiver Bemühungen für mehr betriebliche Ausbildungsplätze bedürfe, so Dilek Kolat. Die guten Wachstumsaussichten der Berliner Unternehmen lassen erwarten, dass die Betriebe deutlich mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen werden. „Hier gibt es bereits positive Signale von den Kammern“, so die Senatorin. „Nicht zuletzt muss auch der doppelte Abiturientenjahrgang in diesem Jahr berücksichtigt werden. Mehr Schulabgängerinnen und Schulabgänger sind eine große Chance für die Berliner Wirtschaft, ihre eigenen Fachkräfte heranzubilden“ **PM □**

Landesvorsitz:

# Und was passiert danach?

## Intensive Diskussionen auf den Regionalforen und Kreisdelegiertenversammlungen

**Es wird keine leichte Entscheidung für die Delegierten auf dem Landesparteitag. Beide Kandidaten für den Landesvorsitz werden ihre ganz unterschiedlichen Stärken ausspielen, es ist eine Persönlichkeits- und wohl auch eine Richtungsentscheidung. Aber es ist auch keine einfache Aufgabe, die dem künftigen Landesvorsitzenden zufällt. Er muss die Partei zusammenführen, die im Moment aus zwei annähernd gleich großen Lagern besteht. Und Regierungspartei kann die SPD wohl nur bleiben, wenn es letztlich alle gemeinsam schaffen, eng und vertrauensvoll zusammenzuarbeiten.**

Der Ausgang der Wahl ist völlig offen. Die Nominierungen und Diskussionsrunden im Vorfeld liefern allenfalls kleine Hinweise und momentane Stimmungsbilder. Aus wohl keinem Kreis werden die Landesparteitagsdelegierten geschlossen dem einen oder dem anderen Kandidaten ihre Stimme geben, egal, welche Empfehlung die Kreisdelegiertenkonferenz gegeben hat.

Sicher: Es gibt Parteitagsdelegierte, die sich festgelegt haben, die den einen Kandidaten öffentlich unterstützen oder den anderen zur Kandidatur ermutigt haben. Viele aber halten sich die Entscheidung bewusst offen, wollen Chancen und Risiken für die Partei abwägen. Wie schwer die Entscheidung ist, drückten etliche Mitglieder in den letzten Wochen aus, wenn sie sich beide Kandidaten in einem gemeinsamen Vorstand wünschten. „Manchmal denke ich, man müsste Euch zusammenpacken“, so formulierte es Thomas Isenberg auf der KDV Mitte. Realisierbar scheint dieser Wunsch derzeit nicht so recht.

Es ist allerdings eine Auseinandersetzung, die nicht entlang der bisherigen Flügelgrenzen verläuft. Jan Stöß, erst vor einigen Wochen gewählter Sprecher der Berliner Linken, hat die Unterstützung eines Teils der Linken, ein gewichtiger anderer Teil um Charlottenburg-Wilmersdorf neigt zum bisherigen Landesvorsitzenden. Personell eingebunden in das Vorstandskonzept von Jan Stöß sind mit Fritz Felgentreu und der bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Iris Spranger Vertreter der Gruppen „Aufbruch“ und „Berliner Mitte“, aber Wahlaussagen der Gruppen gibt es nicht.

Auf den Mitgliederforen und Diskussionen auf Kreisdelegiertenversammlungen ist das Bild der beiden Kandidaten klarer geworden. Aber eigentlich reicht dazu eine Versammlung gar nicht aus. Denn mal ist es Michael Müller, der klarer und überzeu-



Mitgliederforum: Michael Müller und Jan Stöß stellen ihre Positionen dar.



Fotos: Horb

gender argumentiert, mal ist es Jan Stöß, der angriffslustiger wirkt und mitreißender.

Es sind immer wieder gleiche Fragen, die angesprochen werden: Wie muss sich die SPD als Partei für die nächsten Jahre aufstellen, welchen Themen muss sie sich widmen - und von welchen Ideen muss sie sich verabschieden, wie kann sie in die Stadt hineinwirken, wie soll sich das Zusammenspiel von Partei, Fraktion und Senat gestalten. Fragen, die nicht neu sind, die aber zum Teil neue Fragen nach der Umsetzung auslösen.

Wenig umstritten sind die inhaltlichen Schwerpunkte, die die Berliner SPD auch im Wahlkampf wieder gesetzt hat, und auf die vor allem der Landesvorsitzende Michael Müller immer wieder verweist: Bildung als Zukunftsinvestition, die Stärkung der Wirtschaftskraft, gute Arbeit und Ausbildung, sozialer Zusammenhalt und bezahlbare Mieten.

### WAS SOLL SICH ÄNDERN?

Wenn es denn die richtigen Themen sind, fragt Michael Müller, was soll sich dann bei einem Wechsel an der Spitze ändern? Und auch Mitglieder stellen bei den Foren die Frage, warum ein Wechsel überhaupt sein muss.

Natürlich hat ein Landesvorsitzender nach achtjähriger Amtszeit auch den einen oder anderen mit einer Entscheidung verprellt. Und - auch das wird etwa beim Mitgliederforum im Hotel Berlin angesprochen - es gibt nach der Agenda 2010 und Hartz IV eine Sehnsucht, in der Stadt wieder uneingeschränkt als die Partei der sozialen Gerechtigkeit anerkannt zu werden. Dazu bedarf es deutlicher Botschaften und lautstarkem Kümmerns. Jan Stöß spricht dieses Gefühl an.

Er mahnt auf den Foren an, dass die Berliner SPD sich auf Bundesebene mehr einbringen und dass sie ihre Beschlüsse um-

setzen müsse. Er nennt Beispiele, wo dies seiner Meinung nach nicht erfolgt ist, etwa bei der Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre oder bei der S-Bahn. Aber manches ist auch komplizierter. Da wollten im einen Fall Fraktionsmitglieder aus Gewissensgründen nicht mitstimmen, die notwendige eigene Mehrheit hätte gefehlt. Und im anderen Fall geht es auch darum, den Zugverkehr ohne juristische Zwischenstopps zum Laufen zu bringen.

In der Mietenpolitik, die der Kreis Friedrichshain-Kreuzberg schon frühzeitig in einem Antrag für den Landesparteitag thematisiert hatte, setzt der neue Senator Michael Müller jetzt neue Konzepte um. Zu spät? Aber tatsächlich ist es wohl so, dass die Frühwarnsysteme, über die die Partei durchaus verfügt, nicht immer ausreichend wahr- oder ernstgenommen werden.

Hinter den Kandidaturen steht die Frage nach dem Erfolgsrezept für die SPD. Muss die Partei sich deutlicher - auch gegenüber dem von ihr selbst geführten Senat oder der Bundes-SPD - als linke Volkspartei präsentieren? Muss sie sich stärker als Unterstützerin von Initiativen verstehen, die wie der Wassertisch für Daseinsvorsorge und Rekommunalisierung eintreten? Oder kann sie nicht auch - und gerade - im Senatshandeln zeigen, dass sie Politik gestalten kann? Wieviel Einigkeit braucht sie, um handlungs- und regierungsfähig zu sein? Und kann ein Spiel mit verteilten Rollen zwischen Partei, Fraktion und Senat nicht nur dann funktionieren, wenn es von tiefem Vertrauen zueinander und gemeinsamen Zielen geprägt ist?

Fragen, die die Landesparteitagsdelegierten für sich werden beantworten müssen. Die offene Debatte über die Ziele aber, die jetzt vor allem auf den Mitgliederkonferenzen geführt wurde, bringt die Partei voran. Und sie sollte es auch geben, wenn beim nächsten Mal nur ein Kandidat antreten sollte.

**U.H. □**



Landesvorsitz:

# Mitglieder begehren Befragung

## Beteiligung an der Entscheidung über den Landesvorsitz gefordert

**Mit einem Mitgliederbegehren wollen Berliner SPD-Mitglieder erreichen, dass sie zur Entscheidung über den Berliner Landesvorsitz befragt werden. Initiatoren sind zwei Spandauer SPD-Abteilungen.**

Ihre Unterschriftenlisten kursieren derzeit auf Versammlungen oder liegen in den zwölf SPD-Kreisbüros und im Kurt-Schumacher-Haus in der Müllerstraße aus. Drei Monate haben die Initiatoren des Begehrens Zeit, rund 1670 Unterschriften für ihr Anliegen überall dort zu sammeln, wo SPD-Mitglieder zusammenkommen - ein durchaus ehrgeiziges Vorhaben. Zeit haben sie formal bis zum 2. August. Es ist aber auch möglich, das Begehren früher abzuschließen, wenn die Unterstützung von zehn Prozent der Mitgliedschaft schneller erreicht ist. Danach muss sich der Landesvorstand mit dem Anliegen befassen.

Der Einleitung des Mitgliederbegehrens war eine Entscheidung im SPD-Landesvorstand vorausgegangen, die mit der Unterschriftensammlung nun rückgängig gemacht werden soll. Nach der Bekanntgabe der Kandidatur von Jan Stöß hatte der Landesvorstand über die Frage beraten, ob eine Mitgliederbefragung über beide Kandidaten für den Landesvorsitz durchgeführt werden soll, wie sie Landeskassierer Harald Christ für einen solchen Fall bereits vor einigen Wochen ins Spiel gebracht hatte. Eine Befragung aller Berliner SPD-Mitglieder aber wurde von den Landesvorstandsmitgliedern mit der deutlichen Mehrheit von 15 zu neun Stimmen abgelehnt.

In Kreisvorständen und Abteilungsver-



Unterschriftensammlung.

Foto: Horb

sammlungen waren die beiden Kandidaturen, aber auch die Entscheidung gegen eine Mitgliederbefragung rasch Thema. Auf KDVen lagen Anträge für eine Mitgliederbefragung vor. Die Spandauer SPD-Abteilung Stadtrand sprach sich Anfang Mai auf einer Mitgliederversammlung dafür aus, dafür ein Begehren einzuleiten. Der Abteilungsvorsitzende André Dietzschke: „Durch die Konstellation, dass wir als Abteilung mit keinem Delegierten auf dem Landesparteitag vertreten sind, und die späte Kandidatur von Jan Stöß, sehen wir keine andere Möglichkeit uns in den Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess in dieser Frage einzubringen.“ Die Diskussion in der Mitgliederversammlung habe eindeutig gezeigt, dass dieser Schritt keine Für- oder Gegensprache zu dem einen oder anderen Kandidaten sei.

So nutzt die Abteilung - gemeinsam mit der Abteilung Südpark/Tiefwerder - dafür nun einen Weg, für den es nach Satzungsänderungen durch den Bundesparteitag im vergangenen Dezember seit Ende März 2012 Verfahrensrichtlinien gibt: das Mit-

gliederbegehren. Während über die Durchführung einer Mitgliederbefragung der zuständige Vorstand entscheidet, haben die Mitglieder die Möglichkeit, ihrem Anliegen mit einem solchen Mitgliederbegehren Gehör zu verschaffen, wenn sie zehn Prozent der Mitglieder dafür gewinnen. Die Frage muss mit Ja oder Nein zu beantworten sein, sie ist für Sachfragen vorgesehen, ausdrücklich aber auch zur Durchsetzung einer Mitgliederbefragung vor Wahlen mit mehreren Kandidaten. Zuletzt hat die SPD in Baden-Württemberg eine Mitgliederbefragung durchgeführt, um die Zustimmung zu ihrem Koalitionsvertrag mit den Grünen abzufragen.

Mit einem erfolgreichen Begehren muss sich der Landesvorstand befassen. Lehnt er das Anliegen ab, dann wird automatisch ein Mitgliederentscheid durchgeführt. An einem Mitgliederentscheid (im vorliegenden Fall für die geforderte Mitgliederbefragung) muss sich ein Fünftel der Berliner SPD-Mitglieder beteiligen. Eine einfache Mehrheit genügt, damit der Entscheid wirksam wird.

Die Wahl zum Landesvorsitz ist auf dem Parteitag am 9. Juni im Estrel-Hotel vorgesehen. Vom Zeitablauf - die Mitgliederbefragung braucht rund einen Monat Vorlauf - ist es den Initiatoren des Mitgliederbegehrens nicht möglich, eine Befragung vor dieser Wahl rechtlich durchzusetzen, ihnen geht es um die Grundsatzfrage. Am 20. Mai lagen bei den Initiatoren 750 Unterschriften vor.

U.H. □

➔ Initiatoren des Begehrens:  
www.spd-stadtrand.de

**1. Berechtigung und Anzeige.** Jedes Mitglied ist berechtigt, ein Mitgliederbegehren (§ 13 des Organisationsstatuts) einzuleiten. Die Einleitung des Mitgliederbegehrens ist dem Vorstand der Gliederung (§ 8 des Organisationsstatuts), für deren Bereich das Begehren durchgeführt werden soll, vom Initiator schriftlich anzuzeigen.

**2. Verantwortlichkeit und Unterstützung.** Die Initiatoren des Mitgliederbegehrens sind für die Durchführung des Begehrens verantwortlich. Sie sind berechtigt, den mit Gründen versehenen Entscheidungsvorschlag (§ 13 Abs. 3 des Organisationsstatuts), nebst Unterschriftenlisten in den Parteibüros des Bereichs, für den das Begehren durchgeführt werden soll, zu den üblichen Geschäftsstunden auszulegen. Der Parteivorstand unterstützt die Durchführung des Mitgliederbegehrens und informiert unmittelbar alle Gliederungsebenen und Geschäftsstellen über das angezeigte Begehren, die Möglichkeiten der Beteiligung und Fristen. Die Information aller Mitglieder erfolgt in geeigneter Weise, bei Mitgliederbegehren auf Bundesebene durch die nächste Ausgabe des sozialdemokratischen Magazins „Vorwärts“.

## Auszug: Verfahrensrichtlinie des Parteivorstands vom 26. März

**3. Eintragung in Unterschriftenliste.** Der Entscheidungsvorschlag ist so darzustellen, dass eine Beantwortung mit „Ja“ oder „Nein“ möglich ist. Der/Die Befürworter/in trägt sich mit Name, Vorname, Anschrift, Geburtstag, Ortsverein, Unterbezirk und Unterschrift in eine Liste ein. Jede Unterschrift muss auf einer Unterschriftenliste oder einem gesonderten Unterschriftsbogen, auf der oder auf dem der Wortlaut der Vorlage oder ihr wesentlicher Inhalt in Kurzform vorangestellt ist, erfolgen. Bei unleserlichen, unvollständigen oder fehlerhaften Eintragungen, die die unterzeichnende Person nicht zweifelsfrei erkennen lassen, gilt die Unterschrift als ungültig. Das gleiche gilt bei Eintragungen, die einen Zusatz oder Vorbehalt enthalten oder nicht fristgerecht erfolgt sind. Mit Telefax oder elektronisch übermittelte Unterschriften sind ungültig.

**4. Schließung der Listen, Überprüfung und Niederschrift.** Über die Beendigung des Mitgliederbegehrens und die Schließung der Unterschrift-

listen entscheiden die Initiatoren. Die Listen sind spätestens 3 Monate nach Bekanntmachung des Begehrens gemäß Ziffer 1 zu schließen. Nach Ablauf dieser 3 Monate gilt das Mitgliederbegehren als beendet und die Listen als geschlossen. Nach Schließung der Listen sind diese vom zuständigen Vorstandsmitglied (§ 5 der Finanzordnung) derjenigen Gliederung, für die die Liste geführt worden ist, daraufhin zu überprüfen, ob die auf der Unterschriftenliste aufgeführten und unterzeichnenden Mitglieder unterschriftsberechtigt waren. Darüber ist eine Niederschrift anzufertigen.

**8. Mitgliederbegehren Kanzlerkandidat/in, Spitzenkandidatur und parteiinterne Vorstandswahlen.** Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für ein Mitgliederbegehren zur Durchführung eines Mitgliederentscheids zur Bestimmung des/der Kanzlerkandidaten/in gemäß § 13 Abs. 1 Satz 2 oder eines Spitzenkandidaten gemäß § 13 Abs. 9 sowie für ein Mitgliederbegehren zur Durchsetzung einer Mitgliederbefragung im Vorfeld von parteiinternen Vorstandswahlen gemäß § 14 Abs. 11 des Organisationsstatuts.



Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv mit Karin Sarantis-Aridas (m.) Foto: Fiedler



Gründungsversammlung der Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv. Foto: Fiedler

## FRAKTION INTERN

**Koalition bekennt sich zum Großflughafen.** SPD und CDU stehen zum Flughafen BER als internationaler Großflughafen und wichtigster Jobmotor für die Region Berlin-Brandenburg.

Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Ole Kreins, betont: „Die Sicherheit der Flugpassagiere, der Gäste des Flughafens und der Mitarbeiter hat selbstverständlich Vorrang vor jedem anderen Interesse. Sicherheit geht immer vor Schnelligkeit“. Der Eröffnungstermin 17. März 2013 gibt bei allem Ärger genug Raum, den hohen Sicherheits- und auch Lärmschutzanforderungen verantwortungsvoll Rechnung zu tragen.

**Ausgleich für Tarifanpassung im Jugend-, Sozial- und Kulturbereich.** Der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses hat mit den Stimmen der Koalition beschlossen, dass die Tarifanpassung bei den Empfängern von Zuschüssen aus dem Landeshaushalt ausgeglichen wird.

Der haushalts- und finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Torsten Schneider, sagt: „Wir mildern die gestiegenen Lohnkosten der Träger aufgrund der Tarifsteigerungen ab. So sichern wir die Qualität der Arbeit im Jugend- und Sozialbereich genauso wie im Kulturbereich.“

**Kein Schultrojaner-Einsatz.** Nach Angaben von Bildungssenatorin Sandra Scheeres wird es auch in Zukunft keinen Einsatz von Scansoftware auf Schulcomputern zum Aufspüren von Urheberrechtsverletzungen geben.

Der Sprecher für Netzpolitik der SPD-Fraktion, Sven Kohlmeier, sagt: „Ich bin erleichtert, dass bei den Verhandlungen zwischen den Ländern und den Schulbuchverlagen entschieden wurde, auf die Entwicklung der Software zu verzichten. Ein datenschutzrechtlich zulässiger Einsatz der Software wäre meiner Einschätzung nach kaum möglich gewesen. Die Entscheidung entbindet nicht davon, nach alternativen Wegen zur freien Nutzung von Lehrmaterial zu suchen. Vorschläge von uns dazu gibt es bereits.“

**Stärkung des Wildtierschutzes.** Der Hauptausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses hat mit den Stimmen der Koalition beschlossen, die Wildtierauffangstation des NABU im Wuhletal in Marzahn-Hellersdorf im Jahr 2013 mit 50.000 Euro zu fördern.

Der tierschutzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Daniel Buchholz, sagt: „Diese Mittel sichern die Fortführung der engagierten Arbeit des NABU bei der Pflege und Aufzucht verletzter Wildtiere sowie der Beratung der Bürgerinnen und Bürger im Umgang mit Wildtieren.“ **cs** □

# Offen für Nichtmitglieder

## Menschen mit Behinderungen eine starke Stimme geben!

**Nein - eine Gründungsversammlung war es eigentlich nicht, denn schon seit 2002 gab „Selbst Aktiv - Netzwerk behinderten Menschen in der SPD“ Menschen mit einem Handicap innerhalb der SPD eine Stimme und setzte sich für ihre Belange und Bedürfnisse ein.**

Nach dem Beschluss des Bundesparteitags vom 4. Dezember 2011, Selbst Aktiv den Status einer AG zu verleihen, fand am 2. Mai die Versammlung zur Konstituierung der SPD-Arbeitsgemeinschaft „Selbst Aktiv“ in Berlin statt. Dabei fanden auch die Wahlen für den Vorstand statt. Gewählt wurden zur Vorsitzenden Karin Sarantis-Aridas, als Stellvertreter/innen Birgit Monteiro (MdA), Sieghard Gumtelt und Daniel Monazahian. Beisitzer/innen wurden Antje Szardning, Gerd Miedthank, Detlev Pflughaupt und Mechthild Rawert (MdB). Außerdem wurden die Delegierten für die Bundeskonferenz und den Bundesausschuss gewählt und Birgit Monteiro als Beisitzerin für den Landesvorstand nominiert.

„Das Recht behinderter Menschen auf Selbstbestimmung und Teilhabe in das gesellschaftliche Bewusstsein zu rücken und hier immer wieder auch in die SPD hinein aufklärerisch zu wirken - diesen Auftrag verfolgen wir seit über zehn Jahren mit großem Erfolg. Unsere offizielle Gründung als Arbeitsgemeinschaft in der SPD ist auch eine Anerkennung dieser nachhaltigen Arbeit“, so Karin Sarantis-Aridas, Vorsitzende der AG Selbst Aktiv und stellvertretende Sprecherin auf Bundesebene.

Mit ihrer Expertise wirkten die Mitglieder der heutigen AG seit 2002 bei der Erarbeitung der Wahlprogramme zur Abgeordnetenhauswahl mit. Sie pflegten enge Kontakte in das Landesparlament und den Bundestag. Die Verzahnung zwischen Verbänden, SPD und den Betroffenen wird auch über die einzelnen Aktivitäten der AG Selbst Aktiv gewährleistet. Neben den dauerhaft auf der Agenda stehenden Themen

wie dem Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, Arbeit für Menschen mit Behinderung und damit im Zusammenhang die Situation der Integrationsfachdienste, die inklusive Bildung in allen Schulformen, standen am 2. Mai insbesondere zwei Forderungen im Fokus, die einstimmig als Anträge beim Landesparteitag am 9. Juni 2012 eingebracht werden.

Knapp 600.000 Menschen mit Behinderung leben in Berlin. 316.000 von ihnen sind mobilitätsbehindert und deshalb auf barrierefreie Wohnungen angewiesen. Der Bedarf an diesen Wohnungen ist größer als das Angebot. Hier muss, laut AG Selbst Aktiv, nachgesteuert werden und das Wohnen muss bezahlbar bleiben.

Und auch der Mietzuschuss nach Auslaufen der Anschlussförderung im sozialen Wohnungsbau, der den häufig nur eingeschränkt arbeitsfähigen Menschen gewährt wird, ist zu verstetigen. Die derzeitige Regelung besagt, dass ein Mietzuschuss höchstens fünf Jahre, in Härtefällen acht Jahre gewährt werden kann. Lediglich in begründeten Einzelfällen wird über Ausnahmen entschieden.

Ebenfalls einstimmig wurde ein Antrag auf Schaffung weiterer Parkmöglichkeiten für gehbehinderte Menschen und erweiterte Ausnahmen für die Umweltzone beschlossen. Denn: Mobilitätsbehinderte Menschen dürfen nicht vom gesellschaftlichen Leben - z.B. der Teilnahme an Sport- oder Kulturveranstaltungen - ausgeschlossen werden.

Die AG Selbst Aktiv will - wie das bei der Gründung des Netzwerkes 2002 bewusstes Ziel war - auch weiterhin für Nichtmitglieder der SPD offen sein, um im Austausch auch mit ihnen und den freien Trägern und Verbänden, Barrieren - vor allem auch in den Köpfen - abzubauen und daran mitzuwirken, dass sich Menschen mit Behinderungen in Berlin gleichberechtigt zu Hause fühlen. **BS** □



AG 60plus:

# Altersarmut verhindern

Aktionstag der AG 60plus in Neukölln - Nächster Aktionstag am 29. Juni

**Der diesjährige bundesweite Aktionstag der AG 60plus stand unter dem Motto „Teilhabe ermöglichen - Altersarmut verhindern“ im Zusammenhang mit dem europäischen Tag der Generationensolidarität am 29. April 2012.**

Der Landesverband der Berliner AG 60plus hat sich am Freitag, dem 27. April, an dieser Aktion mit einem Infostand vor dem Rathaus Neukölln beteiligt. Mit Unterstützung des KSH hatte der Kreisvorsitzende der AG 60plus Neukölln Karl-Heinz Augustin die Organisation übernommen und freute sich über die Teilnahme von zahlreichen Genossinnen und Genossen aus fast allen Kreisen.

In vielen Gesprächen wurden die Passanten, die oftmals glaubten, es würde wieder um Wahlen gehen, auf den Sinn dieser Aktion hingewiesen. Auch ältere Menschen müssen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Unsere Arbeitsgemeinschaft setzt sich für aktivierende Seniorenpolitik ein. Dazu brauchen wir altersgerechte Arbeitsplätze, lebensbegleitendes Lernen, aktiven Gesundheitsschutz, eine Er-



Aktive AG 60plus: der Aktionstag wandte sich gegen Altersarmut. Foto: Fischer

werbstätigenversicherung mit Mindestrente und die Möglichkeit, Ältere in Erwerbstätigkeit zu halten und den Arbeitsmarkt so zu gestalten, dass Altersarmut verhindert wird. Bei vielen Bürgerinnen und Bürgern fand das Anklang. Die AG 60plus will es künftig bei der Beteiligung an den bundesweiten Aktionstagen nicht bewenden lassen. Auf Grund der guten Resonanz haben wir beschlossen, mindestens

viermal im Jahr weitere Straßenaktionen zu veranstalten, um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen und dabei für die Ziele der SPD werben.

**Der nächste Berliner Aktionstag ist am Freitag, dem 29. Juni, von 11 bis 13 Uhr am Leopoldplatz im Wedding und wird vom Kreisverband der AG 60plus Mitte organisiert.**

**Werner Kleist** □

Tempelhof-Schöneberg:

## AG Migration belebt Quotendebatte

Für eine angemessene Beteiligung von Genossinnen und Genossen mit Migrationsgeschichte im künftigen geschäftsführenden Landesvorstand hat sich die AG Migration und Vielfalt Tempelhof-Schöneberg ausgesprochen. In Anbetracht einer migrantischen Bevölkerungsquote von 26 Prozent liege hier eine besondere Verpflichtung und Verantwortung der Berliner SPD, so der AG-Vorsitzende Orkan Özdemir.

**BS** □

Projekt Paris - Berlin:

# Wahlkampf mit Freunden

Mitglieder der SPD Friedrichshain-Kreuzberg zu Besuch bei der Parti Socialiste in Paris

**„Bonjours, bonjours“, hieß es wieder einmal für die Mitglieder der SPD Friedrichshain-Kreuzberg. Im April statteten die Berliner Genossen der Parti Socialiste (PS) des Pariser Partner-Arrondissements einen Besuch ab - und unterstützten sie im Präsidentschaftswahlkampf.**

Für die meisten war der Besuch vor allem ein Wiedersehen. Bei solch einem stetigen Austausch wachsen die Parteimitglieder über die Jahre eng zusammen. „Es war, als hätten wir uns gestern gesehen, als seien wir Nachbarn“, resümierte Jan Stöß. Der Vorsitzende der SPD in Friedrichshain-Kreuzberg nimmt seit Jahren an den Reisen in die französische Hauptstadt teil.

Obwohl die Berliner erst am Nachmittag angereist waren, hatte Müdigkeit keinen Platz im Programm, schließlich war der Wahlkampf für die Präsidentschaft in der heißen Phase. Darum ging es nach dem Willkommensessen gleich auf eine nächtliche Tour rund um die Rue du Faubourg Saint-Martin, um Plakate zu kleben.

Am nächsten Tag startete das Wahlkampfprogramm um 11 Uhr mit einer Flugblattaktion vor dem Markt Saint-Quentin à l'angle de la Rue Chabrol. Nach einer kur-



Gemeinsamer Wahlkampf, gemeinsame Freude über den Erfolg: die SPD Friedrichshain-Kreuzberg beim Wahlkampfeinsatz für François Hollande in Paris.

zen Mittagspause im Quartier de la Gare de l'Est ging es weiter zur Besprechung der Kampagne. Die Berliner SPD-Mitglieder lauschten gespannt, um zu hören, wie Wahlkampf in Frankreich gemacht wird. „Das ist schließlich auch eines der Ziele unserer Partnerschaft“, so Jan Stöß: „Wir wollen voneinander lernen.“

Viel Zeit zum Besprechen war nicht, denn schon nach einer Stunde stand die nächste Aktion auf dem Programm: Das

Wahlkampfteam ging von Tür zu Tür, um direkt mit den Wählerinnen und Wählern in Kontakt zu kommen. Viele Bürger waren überrascht, deutsche Wahlkämpfer vor ihrer Haustür zu haben und freuten sich über das internationale Engagement.

Am Abend gab es schließlich noch eine Flugblattaktion in den Bars in der Rue Saint-Denis und rund um den Canal Saint-Martin. Hier konnten die Franzosen, die eine Wahlkampf-Kneiptour zuvor noch nicht gemacht hatten, von ihren Berliner Genossen lernen.

Der Höhepunkt der Reise wartete am Sonntag auf die Berliner: Sie nahmen an der Abschlussveranstaltung des Wahlkampfes teil. Hier trat auch François Hollande, der Spitzenkandidat der PS auf. Wer eine gediegene, langwierige Gesprächsrunde erwartet hatte, wurde überrascht: Das riesige Publikum jubelte, die Reden der Politiker waren mitreißend, die Stimmung war toll.

Viel zu schnell war das Wochenende vorbei und es hieß schon wieder Abschied nehmen. Aber „Tschüss“ sagte keiner der Teilnehmer, sie alle sagten sich „Auf Wiedersehen und Au revoir“, im Herbst in Berlin.

**Shirine Issa** □



ASF &amp; ASG:

# Gesund älter werden, aber wie?

## Gesundheitspolitischer Dialog im Abgeordnetenhaus von Berlin

Mit der Frage nach dem gesunden und glücklichen Altern hat sich der zweite gesundheitspolitische Dialog im Berliner Abgeordnetenhaus befasst. Eingeladen hatten die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) und die Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen zusammen mit dem SPD-Gesundheitspolitiker Thomas Isenberg.

Fakt ist, dass die Natur erstaunlich nachsichtig mit uns Menschen umgeht und uns Mittel an die Hand gibt, glücklich alt zu werden. Dazu gehören Sport und Bewegung ebenso wie die aktive Teilnahme am Leben, liebgewonnene Freundschaften und zufriedenstellende Beziehungen. Das sind wichtige Kriterien und - neben einer gesunden Ernährung - der beste Jungbrunnen.

Doch was passiert, wenn der Jungbrunnen versiegt? Wenn wir krank werden und auf die Unterstützung durch andere angewiesen sind?

Diese Fragen diskutierten hochkarätige Fachleute, wie Prof. Dr. med. Steinhagen-Thiessen (Evangelisches Geriatriezentrum Berlin), Prof. Dr. med. Jalid Sehoul (Direktor der Klinik für Gynäkologie an der Charité), Olaf Theuerkauf (Stiftung Männergesundheit) und der SPD-Abgeordnete Thomas Isenberg zusammen mit Vertretungen der Krankenkassen, Beschäftigten aus Kranken-



2. Gesundheitspolitischer Dialog (v.l.n.r.) im Berliner Abgeordnetenhaus: Boris Velter (ASG), Prof. Sehoul (Direktor der Klinik für Gynäkologie an der Charité), Barbara Scheffer (ASF), Prof. Steinhagen-Thiessen (Evangelisches Geriatriezentrum Berlin), der SPD-Gesundheitspolitiker Thomas Isenberg, Olaf Theuerkauf (Stiftung Männergesundheit). Foto: Anika Lange

häusern und dem Gesundheitswesen sowie politisch Engagierten aus dem Sozial- und Gesundheitsbereich.

Auch die Seite der Betroffenen war hochkompetent vertreten durch Rosemarie Mittermaier als Vertreterin der Selbsthilfegruppe Eierstock- und Gebärmutterkrebs. Sehr eindrucksvoll schilderte sie eigene Erfahrungen im Umgang mit ihrer Krankheit, ganz besonders in Hinblick auf die spätere Versorgung nach dem Krankenhaus-aufenthalt durch die Krankenkassen.

In der Diskussion ging es zunächst um eine Bestandsaufnahme, welche Problemlagen gerade bei älter werdenden Frauen

und Männern erkennbar und welche Schritte und Therapien erforderlich sind, um die Gesundheit spezifisch zu verbessern. In diesem Zusammenhang ging es auch um die Rolle erfolgreicher und wirksamer Strategien der Prävention und die Versorgung von Menschen im Alter nach operativen Eingriffen und von Demenzkranken.

In vielen Punkten waren sich die Teilnehmenden einig,

- dass Gesundheit geschlechterabhängig ist und Aufklärung hierüber dringend geboten ist,

- dass dringend die Debatte um mehr Eigenverantwortung bezüglich der Vorsorge und Prävention hinsichtlich der eigenen Gesundheit erforderlich ist,

- dass Gesundheitsförderung bzw. Vorsorge und deren zukünftige Lösungsmodelle mit den Beteiligten diskutiert und transparent gemacht werden müssen und

- dass die politisch Verantwortlichen stärker als bisher gefordert sind, bessere Vorsorge zu unterstützen und neue gesundheitspolitische Ziele für ein gesundes Altern zu entwickeln.

Konsens unter den Teilnehmenden nach guten zwei Stunden spannender Diskussion war, dass die Politik konkret gefordert ist und dass der Dialog auch in Form solcher Veranstaltungen unbedingt fortgeführt werden sollte.

Barbara Scheffer □

## NOTIZEN AUS DER BERLINER SPD

**Im Gespräch: Dr. Peter Struck und Ralf Wieland.** Dr. Peter Struck, langjähriger Bundestagsabgeordneter, SPD-Fraktionsvorsitzender und Verteidigungsminister, ist am 29. Mai zu Gast bei dem Weddingener Abgeordneten Ralf Wieland. Nicht erst seit der Finanz- und Wirtschaftskrise haben viele Menschen den Eindruck, dass die Parlamente und ihre Politiker nicht mehr die Richtlinien zum Wohle des Volkes vorgeben, sondern nur noch Getriebene im eigenen Land sind. Täuscht dieser Eindruck oder hat sich tatsächlich etwas verändert im politischen Betrieb und an der politischen Kultur. Dies ist eine der Fragen, die mit Peter Struck beleuchtet werden soll. Er gehörte dem Bundestag über knapp 30 Jahre an und kennt den Parlamentsbetrieb auch hinter den Kulissen wie kaum ein Zweiter.

➔ 29.05.2012, 19:30. Ufer-Studios am Luisenbad, Tor 1, Badstr. 41a, 13357 Berlin



Neumitglieder im Willy-Brandt-Haus: Rund hundert Berliner SPD-Mitglieder, die in den vergangenen Monaten neu eingetreten sind, haben sich bei einer Führung durch das Willy-Brandt-Haus und einem Gespräch mit dem SPD-Landesvorsitzenden Michael Müller ein Bild von ihrer Partei und den Mitwirkungsmöglichkeiten gemacht. Diskutiert wurden vor allem landespolitische Themen.

Foto: Fiedler

**Fachausschuss Jugend.** Zehn Jahre hat Angelika Schöttler den Fachausschuss Jugend der Berliner SPD geleitet. Nach ihrer Wahl zur Bezirksbürgermeisterin in Tempelhof-Schöneberg gibt sie den Vorsitz jetzt auf der Sitzung des Fachausschusses am 31. Mai ab. Beginn ist um 18.30 bei Gangway, Schumannstr. 5, 10117 Berlin-Mitte (schräg gegenüber vom Deutschen Theater). Diskutiert nach den Vorstandswahlen die Zukunft der Kitas in Berlin - zwischen Quantität und Qualität“. Referenten sind Susanne Kabitz, Kita-Eigenbetrieb City und Stefan Spieker, Fröbel e.V.),

**AG Migration und Vielfalt.** Als „überflüssige PR“ hat die AG den Auftritt von Peer Steinbrück in der Jauch-Sendung mit Thilo Sarrazin bezeichnet. „Wir finden es unmöglich, dass der selbsternannte Volksverstehrer und Hobby-Tabubrecher Platz für seine europafeindliche Hetze bekommen konnte“, so Aziz Bozkurt

Finanzpolitik:

# „Not frisst Demokratie“

## Steinmeier, Steinbrück und Gabriel fordern Wachstumspakt für Europa

Die SPD hat Forderungen für einen europäischen Wachstumspakt vorgestellt. „Die ökonomischen und sozialen Folgen einer einseitig auf Ausgabenkürzungen abzielenden Politik sind fatal. Europa droht daran zu zerbrechen“, heisst es in einem Papier, das Sigmar Gabriel, Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier gemeinsam vorstellten.

„Nackte Sparaufrufe sind kein Weg aus der Krise“, so der Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier. Und der ehemalige Finanzminister Steinbrück warnte mit Blick auf steigende Jugendarbeitslosigkeit in vielen europäischen Ländern: „Not frisst Demokratie.“ Als Voraussetzung für eine Zustimmung der SPD zum Fiskalpakt nannten Gabriel, Steinmeier und Steinbrück eine Reihe von Bedingungen, mit denen die soziale Krise entschärft werden kann und neue Wachstumsimpulse geschaffen werden. Dazu gehören u.a.

- ein europäisches Sofortprogramm gegen die Jugendarbeitslosigkeit sowie ein europäisches „Bündnis für Ausbildung und Arbeitsplätze“. Nicht abgerufene EU-Strukturfondsmittel sollen den Krisenländern kurzfristig zur Verfügung gestellt werden.

- die Ausgabenpolitik der EU zu verändern. Anstatt mehr als 40 Prozent des EU-Haushalts für Agrarsubventionen auszugeben, plädiert die SPD dafür, stärker in Forschung, Entwicklung, gute Bildung und wettbewerbsfähige Industrien zu investieren. Zudem soll die Europäische Investitionsbank besser ausgestattet werden.

- eine entschlossene Regulierung und eine gerechte Besteuerung der Finanzmärkte. Denn: „Wir müssen die Lehren aus der Finanzmarktkrise ziehen, um zu Stabilität in Europa zurückzukehren“, heisst es in dem Papier der SPD-Spitze.

- eine striktere Haftung von Banken im Fall von Fehlspekulationen sowie eine Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken.

- eine europäische Bankenaufsicht, die dafür Sorge tragen soll, dass Banken tatsächlich der Realwirtschaft dienen. Die SPD setzt sich außerdem für eine europäische Ratingagentur ein. Sie bei der Bewertung der finanziellen Bonität von Staaten ein Gegengewicht zu den privaten Rating-Agenturen schaffen.

In ihrem „Der Weg aus der Krise - Wachstum und Beschäftigung in Europa sichern“ weisen Sigmar Gabriel, Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück auf die Ursachen der Krise hin: „Deutschland hatte 2008 gesamtstaatlich noch einen ausgeglichenen Haushalt. Dann stieg der deutsche Schuldenstand rapide, insbesondere durch die Übernahme der neu errichteten Abwicklungsanstalten für Banken durch den Staat, von 73,5 % auf 83,2 % des BIP. Im Falle Irlands etwa noch weitaus dramatischer



von unter 50 % auf mehr als 100 % des BIP.“ Nun gelte es, diese Verschuldung zurückzuführen. In Deutschland dürften den Bundesländern über den beschlossenen Abbaupfad zur Erreichung der Schuldenbremse im Jahr 2020 nicht weitere Belastungen aufgebürdet werden. Die Verursacher und Nutznießer der Krise müssten an den Krisenkosten beteiligt werden. „Wir müssen die Lehren aus der Finanzmarktkrise ziehen, um zu Stabilität in Europa zurückzukehren“, so die Autoren.

„Zu hohe Schulden bringen die Staaten in eine gefährliche Abhängigkeit von den Finanzmärkten und sind auf Dauer unsozial, weil immer mehr hart erarbeitete Steuermittel in Form wachsender Zinsbelastung an die Kapitalgeber fließen“, heisst es im Papier. „Auf tragfähige Haushalte ausgerichtete konjunkturgerechte Schuldenregeln in ganz Europa sind daher sinnvoll. Dauerhafter Schuldenabbau aber wird nur mit wirtschaftlicher Dynamik und mit Wachstum in neuen innovativen und zukunftsfähigen Branchen gelingen. Wir brauchen eine Weichenstellung in Richtung Realwirtschaft: Weniger spekulative und kurzfristig angelegte Wertabschöpfung, mehr innovative Wertschöpfung in Produktion und produktionsnahen Dienstleistungen, mit mehr Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung sowie in Infrastrukturen, die den Strukturwandel befördern, etwa die dringend erforderlichen Stromnetze.“ **BS** □

**Eine europäische Sozialunion aufbauen.** Die europäische Wirtschafts- und Finanzunion muss durch eine Sozialunion flankiert werden. Die Sozialunion muss ihr Fundament in einer sozialen Werteordnung mit starken sozialen Grundrechten haben, wie sie bereits in der EU-Grundrechtscharta angelegt sind. Diese dürfen nicht den Marktfreiheiten im europäischen Binnenmarkt untergeordnet werden, sondern müssen ihnen vorgehen.

Mit einer sozialen Fortschrittsklausel muss dieses Prinzip vertraglich im europäischen Primärrecht festgeschrieben werden. In Europa muss gelten: gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Lohn- und Sozialdumping darf kein Raum gegeben werden. Dazu müssen auch die Spielräume für Mitbestimmung in den europäischen Unternehmen erweitert, die Rechte der europäi-

## Auszüge aus dem Papier

schen Betriebsräte gestärkt und der soziale Dialog zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern auf europäischer Ebene ausgebaut werden. Arbeitnehmer aus unterschiedlichen EU-Staaten dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen die Chance haben, ihre Interessen gemeinsam zu vertreten.

**Ein sozialer Stabilitätspakt für Europa.** Politisch ausgestaltet werden muss die europäische Sozialunion vor allem dadurch, dass soziale Ziele und Mindeststandards europäisch verbindlich vereinbart werden.

In einem sozialen Stabilitätspakt müssen Ziele und Vorgaben für Sozial- und Bildungsausgaben gemessen am BIP der jeweiligen Staaten ebenso wie existenzsichernde Mindestlöhne in allen EU-Mitgliedstaaten gemessen am jeweiligen nationa-

len Durchschnittseinkommen festgeschrieben werden.

Europa kann globaler Vorreiter für ein nachhaltiges Wohlstandsmodell werden, das die soziale Spaltung der Gesellschaften abwendet und aus besseren Chancen der Teilhabe für mehr Menschen auch mehr ökonomische Stabilität gewinnt. Dies setzt aber voraus, dass Europa jetzt in der Krise die Kraft und die Solidarität aufbringt, gemeinsam zu handeln, und die richtigen Weichenstellungen vornimmt. Gelingt dies nicht, drohen Zerfall und Renationalisierung. Nur geeint und im festen Zusammenschluss der Europäischen Union hat Europa eine Chance im globalen Wettbewerb von Ideen und Werten, von Politik und Wirtschaft. Uns allen muss klar sein: Eine gute Zukunft können wir uns nur gemeinsam erarbeiten – in einem geeinten, demokratischen und sozialen Europa. □



Stadtpolitik:

# Jetzt handeln - im Interesse der Mieter

## Teil 1: Zahlen und Thesen zu notwendigen wohnungspolitischen Zielsetzungen

**Sie wussten es, ob Martin Heidegger, Mies van der Rohe oder Albert Schweitzer, und prägten die Sätze „Bauen heißt Wohnen“ und „Wohnen heißt bleiben“. In Berlin hat dies die - sich zumindest selbst gern so sehende - „Mieterpartei“ SPD in den Augen vieler im letzten Jahrzehnt vergessen. Begriffe wie Verdrängung und Gentrifizierung gehören dagegen seit ein paar Jahren zum allgemeinen Wortschatz in der Stadt.**

„Mieterpartei SPD“ in der „Mieterstadt“ Berlin (ca. 85 % der Berliner Haushalte sind Mieter), damit ließen sich einst Wahlen gewinnen - wie 1989. Berlins SPD kämpfte bis in die 80er Jahre für den Erhalt der Mietpreisbindung und forcierte noch Anfang der 90er Jahre ohne Rücksicht auf die Verschuldung des Landes den Wohnungsbau, um den Anstieg der Mieten zu bremsen und einen angespannten Wohnungsmarkt zu verhindern. Durchaus mit Erfolgen, wenn auch die Bevölkerungsentwicklung kräftig half. Berlin verlor zwischen 1994 und 2000 ja fast 100.000 Einwohner. Doch diese „Hilfe“ ist Vergangenheit.

**BALD 200.000 HAUSHALTE  
MEHR ALS 2001**

Ein paar Zahlen machen den Ernst der Lage klar: Seit 2004 nimmt die Bevölkerung - damals 3,38 Mio. - wieder zu, erst langsam, dann schneller. Ende 2011 lebten in Berlin nach amtlicher Bevölkerungsfortschreibung wieder 3,5 Mio. Menschen. Allein in den letzten zwei, drei Jahren wuchs die Bevölkerung wegen des positiven Ausenwanderungssaldos um fast 60.000 Einwohner. Und wächst und wächst...

Als die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung 2004 von Peter Strieder auf Ingeborg Junge-Reyer übergang, glaubte man dort, dass Berlin 2020 nur noch 3,366 Mio. Einwohner haben werde. Wohnungspolitischer Handlungsbedarf schien nicht gegeben. Das passte gut zu den politischen und haushalterischen Spielräumen und den Leitbildern der Stadtentwicklungspolitik. Mieten, Wohnungspolitik? Wozu? „Soziale Stadt“ hieß das - billigere - Credo.

2008 korrigierte der Senat einsichtig, nicht die Politik, aber die Prognosen: für 2020 nahm man nun 3,41 Mio. Einwohner an. Die Realität hatte diese Zahl allerdings bereits 2007 überholt.

Die Bertelsmann-Stiftung geht in ihrer neuen Prognose von 2011 mittlerweile von 3,607 Mio. Berlinern in 2020 aus und sogar 3,638 Mio. in 2025. Das sind 150.000 (2020)



Dem Wohnungsmarkt entzogen: Ferienwohnung in Schöneberger Wohnhaus. Foto: Horb

bis 200.000 mehr Einwohner (2025) als 2007 hier lebten oder vom Senat für 2020 prognostiziert werden. Dies allein bedeutet eine zusätzliche Nachfrage nach etwa 100.000 Wohnungen bis 2025.

Dramatischer sieht es aus, wenn man die Entwicklung der durchschnittlichen Haushaltsgröße und die Zunahme der Haushalte in Berlin betrachtet. Seit dem Jahr 2000 ist die Zahl der Haushalte in Berlin um etwa 150.000 gestiegen - aufgrund des alle Prognosen übersteigenden Einwohnerzuwachses, andererseits aufgrund der Entwicklung zu kleineren Haushalten.

**JÄHRLICH 20.000 WOHNUNGEN  
BAUEN?**

1993 bildeten noch 1,93 Personen einen Haushalt, derzeit sind es durchschnittlich 1,73 Personen und 2020 sehen die Prognosen nur noch 1,7 Personen je Haushalt. Dies ergibt für Berlin in 2020 etwa 2,06 Mio. Haushalte, die Wohnungen nachfragen (gegenüber 1,86 Mio. in 2001): ein Zuwachs um 200.000 Haushalte auf dem Wohnungsmarkt. Doch das Wohnungsangebot von 1,89 Mio. Wohnungen in 2010 hat sich in den letzten zehn Jahren (1,87 Mio. Wohnungen in 2001) kaum vergrößert.

Unter dem Strich müssten demnach - das Thema Wohnungsleerstand sei hier vorerst ausgeblendet - bis 2020 rund 170.000 Wohnungen, also acht Jahre lang je 20.000 Wohnungen gebaut werden, um in etwa den Stand von 2001 zu erreichen. In den letzten Jahren waren es im Schnitt etwa 3.500 Neubauwohnungen. Berücksichtigt man, dass die bauwirtschaftlichen Kapazitäten in Berlin seit Ende der 90er Jahre auf etwa 45 % geschrumpft wurden, lässt sich erahnen, dass ein erheblicher Baukostenanstieg droht, wenn die Bauwirtschaft ihre Ressourcen nicht ausweitet und neue Arbeitsplätze schafft.

Unschwer zu erkennen ist auch, dass die Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU, die den Bau von 30.000 Wohnungen bis 2016 anstreben und wenig über den Abbau von Wohnungsleerstand und Zweckentfremdung schreiben, zu nichts Anderem führt als einer noch größeren Anspannung auf dem Wohnungsmarkt und weiter steigenden Mieten. Wer sich brav mit der Abarbeitung der Koalitionsvereinbarung begnügt, stolpert der Wohnungsmarktentwicklung hinterher, erreicht aber nicht viel, außer vielleicht mit großen Anstrengungen die selbst gesetzten, unzulänglichen Ziele. Und dann? Gute Nacht, „Mieterpartei“ SPD!

**ZWEI MILLIARDEN EURO MEHR  
NETTOKALTMIETE**

Auch wenn diese Entwicklung zumindest seit 2007 jedem, der aufmerksam die Statistiken las, nachdenklich stimmen und zum Handeln animieren musste, wurde der seitdem zunehmend deutliche Mietenanstieg gelegentlich und noch im Wahlkampf 2011 seitens der zuständigen SPD-Senatorin als Nachholeffekt verklärt. Mahnern wie dem Berliner Mieterverein, die auf deutliche Anspannungen auf dem Wohnungsmarkt verwiesen, wurde ausweichend entgegnet, von einem „Wohnungsmangel“ könne keine Rede sein.

Bis heute tendiert die Politik in Berlin gern zu Mahnungen, sich mit steigenden Wohnkosten abzufinden, sie seien Ausdruck einer willkommenen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung. Zudem, heisst es, könne man in Berlin gegen erheblich steigende Mieten nicht viel ausrichten. Aber die offizielle Rhetorik hat sich dennoch wohltuend geändert: Mieten werden weiter steigen, räumt Stadtentwicklungssenator Michael Müller realistisch ein, aber „wir werden alles tun, um den Mietenanstieg zu bremsen“. Alles tun? Damit hat er die Messlatte deutlich höher gelegt als im Koalitionsvertrag. Messen wir also.

Die Erhöhung von Krankenkassenbeiträgen oder Sozialbeiträgen lösten oft erhebliche Kontroversen aus. Steigen die Benzinpreise, sieht sich die Politik zu Empörung genötigt, mitunter regen sogar die Roming-Gebühren der Mobilfunk-Anbieter ansonsten dem freien Markt ergebene Politiker auf. Anders verhielt es sich lange Jahre bei den in Deutschlands Großstädten steigenden Mieten und Wohnkosten.

Der wohnungspolitische Stillstand in den letzten Jahren dürfte zu den Stimmenverlusten der SPD im September 2011 bei-

getragen haben. Denn längst ist die Lage auf dem Wohnungsmarkt nicht mehr nur ein Problem einkommensschwächerer Haushalte in der Mieterstadt Berlin.

Berlins rund 1,7 Millionen Mieterhaushalte in 1,63 Millionen Mietwohnungen (das sind 86 % der insgesamt 1,89 Mio. WE) zahlten im Jahr 2010 insgesamt etwa 7,2 Mrd. Euro für Nettokaltmiete (ohne Nebenkosten). Nur ein Prozent Mieterhöhung im Durchschnitt bewirkt in Berlin eine zusätzliche Belastung der Privathaushalte i.H.v. ca. 70 Mio. Euro, die ihnen für andere Konsumausgaben damit fehlen.

Allein von 2008 bis 2010 stiegen die Mieten in Berlin um über 10 %, so dass Berlins Mieterhaushalte im Jahr 2010 rund 700 Mio. Euro mehr Miete zahlten als noch 2007. Berücksichtigt man, dass die Mieten etwa in Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg, Reinickendorf oder Spandau kaum stiegen oder teilweise stabil waren, wird deutlich, dass diese enormen Mietsteigerungen und Kaufkraftabschöpfungen vor allem die Bewohner der Innenstadtbezirke treffen.

Im Jahr 2000 zahlten Berlins Mieter insgesamt noch etwa 5,25 Mrd. Euro an Nettokaltmiete, also etwa 2 Mrd. Euro weniger im Jahr. Die durchschnittliche Vergleichsmiete lag damals bei ca. 4,00 Euro/qm im Monat. 2010 waren es lt. Mietspiegel ca. 5,20 Euro/qm, also 30 % mehr (Die Bruttokaltmieten stiegen bis 2008 noch deutlich schneller an und lagen 2009 im Schnitt bei 6,35 Euro / qm). Im Vergleich: die Entwicklung der Einkommen der privaten Haushalte in Berlin blieb mit 12,7 % zwischen 1999 und 2009 dagegen stark zurück.

Das Grundlagenwerk zur Analyse der Berliner Wohnungsmarktentwicklung, der IBB-Wohnungsmarktbericht, räumt mit der gern zitierten Mär von den im Vergleich zu München, Hamburg oder Köln so günstigen Mieten in Berlin auf, indem dort zu lesen ist, dass die verfügbaren Nettohaushaltseinkommen in Hamburg etwa 9 %, in München gar 28 % höher sind als in Berlin.

In 2006 (neuere Mikrozensus-Zahlen gibt es noch nicht) lag die Mietbelastungsquote der Haushalte in Berlin bei 23,6 %, in München und Hamburg bei 25,1 bzw. 24,3 %, kein Riesenunterschied. Dabei sind die Wohnungen in Berlin im Durchschnitt kaum größer als in München und auch nur wenig größer als in Köln und Hamburg.

In Berlin liegt die Mietbelastung der Haushalte mit einem Einkommen von 700 bis 900 Euro bei 40 %, in München bei 47 % (Hamburg 45 %). Allerdings gibt es in Berlin deutlich mehr Haushalte mit geringen Einkommen als in München, Köln oder Hamburg. Bei Haushaltsnettoeinkommen über 1000 Euro gleichen sich die Mietbelastungsquoten in Köln, Hamburg und Berlin stark an.

Im Ergebnis zeigt sich: Längst nicht mehr nur untere Einkommensgruppen leiden

unter der Mietenentwicklung. Diese löst neue soziale Fragen aus oder verschärft sie - Stichwort Altersarmut. Sie bewirkt schleichend erhebliche Segregations- und Verdrängungsmechanismen vor allem in begehrten Wohnlagen, den Altbauquartieren. Dabei ist neben der Verdrängung in Stadtrandgebiete wie Spandau, wo der Anteil sozial schwacher und auf Transferleistungen und kommunale Hilfen angewiesener Haushalte spürbar zunimmt, auch die kleinräumlichere „Binnensegregation“ innerhalb der Berliner Bezirke zu sehen - bspw. am Mehringplatz oder in Kreuzberg-Nord (unweit der begehrten Lagen Bergmann- und Graefekiez), längst Interventionsgebiete des kostenintensiven Programms „Soziale Stadt / QM“.

Derartige Umverteilungsprozesse zugunsten von Hauseigentümern und Wohnungsgesellschaften beeinträchtigen aber auch die Konsumnachfrage und damit die Berliner Volkswirtschaft, zumal ihnen keine adäquaten baulichen Investitionen gegenüber stehen, wie sich an der Lage der Bauwirtschaft ablesen lässt.

Gewinn- und Vermögenszuwächse in der Immobilienwirtschaft fließen zunehmend an internationale Anleger ab, die sich seit Jahren, vor allem aber seit der Finanzkrise in den lukrativen und anscheinend sicheren Berliner Immobilienmarkt einkaufen und von der politisch bisher nicht gebremsten Mietenentwicklung profitieren wollen: Erträge für das Immobilienkapital, denen wenig volkswirtschaftlich spürbare oder sinnvolle, das BIP antreibende oder den Wohnungsbestand erhaltende Investitionen gegenüber stehen. Stattdessen kommt es in zahlreichen Fällen zu Desinvestitionen, durch mangelhafte Instandhaltung und Bewirtschaftung entstehen zusätzliche Renditen.

#### WOHNUNGSPOLITIK - EINST MARKENZEICHEN DER SPD

Die Wohnungsfrage als soziale Frage - die Sicherung der Wohnungsversorgung für breite soziale Schichten zu wirtschaftlich zumutbaren und hygienisch fortschrittlichen Bedingungen - war seit dem frühen 20. Jahrhundert stets eine Kernaufgabe sozialdemokratischer Politik. Aushängeschilder dieser Politik waren gesetzlicher Mieterschutz und kommunaler Wohnungsbau sowie soziale Wohnungsbauförderungen seit den 20er Jahren bzw. in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg. Sie blieben es - mit regionalen Unterschieden - bis in die 1990er Jahre, insbesondere in Berlin.

Im Zuge der Verarmung und Verschuldung der öffentlichen Haushalte, von Subventionsabbau und Sparpolitik diverser Couleur - bei regional entspannten Wohnungsmarktverhältnissen oder gar großen Leerstandsproblemen - wurden Woh-

nungsbaupolitik und direkte oder indirekte Förderung (steuerliche Förderung) seit den 90ern im Bund und nicht nur in Berlin weitgehend aufgegeben, die Wohnungsversorgung zunehmend dem Markt, dem sozial blinden Spiel von Angebot und Nachfrage überlassen. Stattdessen bekam der Stadtbau Konjunktur, der geförderte Abriss zigtausender Wohnungen in den neuen Ländern.

Teilweise - etwa in München und nun wieder verstärkt in Hamburg oder in NRW - steht aktive Wohnungsbaupolitik aber noch immer (oder wegen des neuen Drucks auf dem Wohnungsmarkt erneut) im Zentrum der Agenda der örtlichen SPD. Besonders die Politik des SPD-Senats in Hamburg mit dem wohnungsbaupolitischen Markenzeichen „Vertrag für Hamburg“ stößt auf allseitigen Respekt und dient nun offenbar auch in Berlin als Orientierungshilfe, wie das neu verkündete „Bündnis für Mieten“ andeutet.

In vielen Großstädten sind die Folgen des Mietenanstiegs - Segregation und Verdrängung längst spürbar - und müssen teilweise durch die öffentliche Hand („Soziale Stadt“) kompensiert werden. Mieten und Wohnkosten sind zudem Standortfaktoren und im Zusammenhang der jeweiligen regionalen Einkommensentwicklung zu sehen. Da Wohnkosten die Nettoeinkommen zu rund einem Drittel aufzehren, wirkt sich ihre Entwicklung auch auf die allgemeine Kaufkraft und Lebensqualität aus. Dies trifft in Berlin mit seinem im Vergleich zu anderen Städten deutlich niedrigeren durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen bzw. Lohnniveau und seinem hohen Anteil ärmerer Haushalte besonders zu.

Während München, Hamburg oder Frankfurt unter den Folgen eines seit Jahrzehnten angespannten Wohnungsmarktes und hoher Mieten leiden, profitiert Berlin bis heute von lange Zeit relativ günstigen Wohnkosten. Die Mieten waren in Berlin bis heute auch Folge eines in den 90er Jahren nicht zuletzt durch eine engagierte Wohnungspolitik der SPD entspannten Wohnungsmarktes mit einem relativen Angebotsüberhang. Die katastrophalen fiskalischen Folgen der Wohnungsbauförderung in Berlin lehren aber natürlich, dass die alten Wege der Berliner Wohnungsbaupolitik von den 70er bis in die 90er Jahre nicht die neuen sein können. Damit stellt sich die Frage wie unter heutigen Bedingungen der öffentlichen Haushalte in Berlin Wohnungs- und Mietenpolitik aussehen soll - und was sie erreichen kann, wenn man wirklich „alles tun“ will.

**Volker Härtig** □

**In der nächsten Ausgabe: die Interventionsmöglichkeiten u.a. bei Mietrecht, Zweckentfremdung, Städtebaurecht und Wohnungsneubau.**



Mieten:

# Soziales Mietrecht erhalten

Bundesregierung will die Rechte von Mietern einschränken, die SPD will sie ausbauen

**Die Bundesregierung plant einen Angriff auf das bestehende Mietrecht. Im Oktober 2011 hat sie einen Referentenentwurf vorgelegt. Die Bundesregierung will, dass künftig Mieterinnen und Mieter wegen energetischer Sanierung für einen Zeitraum von drei Monaten nicht mehr die Miete mindern dürfen. Sie will Vermietern ein fristloses Kündigungsrecht einräumen, wenn Mieterinnen und Mieter die Mietkaution nicht pünktlich zahlen. Außerdem soll die Räumung der Mietsache vereinfacht werden.**

Setzt die Bundesregierung den vorgelegten Referentenentwurf um, wird das Folgen für die Wohnungssituation in Berlin haben. Rasant steigende Mieten zwingen die Menschen im Innenstadtring, den langjährig bewohnten Stadtteil zu verlassen. Sie müssen in günstigere Bezirke umziehen, die am Rand der Stadt liegen.

Die SPD-Bundestagsfraktion will das soziale Mietrecht erhalten und klimagerecht verbessern. Sie hat daher am 11. Mai 2012 einen Antrag (17/9559) in den Deutschen Bundestag eingebracht, mit dem sie Forderungen aus dem Berliner Bundesratsantrag übernimmt. Geht es nach dem Willen der SPD-Bundestagsfraktion, soll die fortschrei-



Martina Hartleib ist Mitglied im Vorstand der SGK Berlin.

tende Verdrängung einkommensschwacher Mieterinnen und Mieter aus den Innenstadtbereichen gestoppt werden. Dafür schlägt eine Reihe von Maßnahmen vor.

**Kappungsgrenze 15 Prozent.** Die Kappungsgrenze soll von 20 auf 15 Prozent gesenkt werden. Die Miete darf dann innerhalb von vier Jahren nur noch um 15 Prozent steigen. Bei Neuvermietung kann die

Miete die ortsübliche Vergleichsmiete um höchstens 10 Prozent übersteigen.

**Modernisierungumlage 9 Prozent.** Die Modernisierungumlage soll von elf auf neun Prozent gesenkt werden. Das betrifft nicht nur die Kosten für energetische Sanierung, sondern sämtliche Kosten für Modernisierungen, die auf Mieterinnen und Mieter umgelegt werden sollen. Das Mietminderungsrecht soll nach den Plänen der SPD erhalten bleiben.

**Contracting.** Die SPD-Bundestagsfraktion will, dass Contracting zur Übertragung des Betriebes beispielsweise der Heizungsanlage auf Dritte nur bei einer Steigerung der Energieeffizienz zugelassen werden darf. Es ist sicherzustellen, dass für den Mieter eine Warmmietenneutralität gegeben ist und sie somit vor steigenden Preisen geschützt werden.

**Geltenden Kündigungsschutz erhalten.** Der Mieterschutz für Millionen von Mieterinnen und Mietern darf nicht ausgehöhlt werden, nur weil es einzelne Fälle von Mietschwarzmarkt gibt. Die geltenden Kündigungsmöglichkeiten sind ausreichend. Eine Verkürzung des Rechtswegs für Mieter auf Grund einer Ausweitung des einstweiligen Rechtsschutzes bei Räumungsklagen darf nicht erfolgen. **Martina Hartleib** □

Gesundheitspolitik:

# Weniger IGeL, mehr Transparenz

Mechthild Rawert fordert Begrenzung ärztlicher Zusatzleistungen

**Wie werde ich schnell wieder gesund, wenn es mir elend geht? Das ist die entscheidende Frage, wenn ich mich in eine Arztpraxis begeben. Patientinnen und Patienten werden aber immer häufiger bereits am Empfangsschalter mit Angeboten zu individuellen Gesundheitsleistungen (IGeL) überhäuft.**

Vor allem in Facharztpraxen werden die IGeL den Patientinnen und Patienten förmlich aufgedrängt. Oft wird suggeriert, dass das Leistungsangebot der Gesetzlichen Krankenversicherung nur eine unzureichende medizinische Versorgung bietet und diese Selbstzahlerleistungen für die Gesundheit notwendig seien. Dabei haben viele dieser ärztlichen Zusatzdienste keinen wissenschaftlich nachweisbaren patientenrelevanten Nutzen, manche richten sogar gesundheitlichen Schaden an. Die SPD-Bundestagsfraktion sagt zu dieser privat zu zahlenden „Privatbehandlung“ für gesetzlich Versicherte entschieden Nein. Das IGeL

schadet dem Vertrauensverhältnis zwischen Arzt/Ärztin und PatientIn.

## SCHUTZ VOR ABZOCKE

Mittlerweile werden auf dem IGeL-Markt mehr als 1,5 Milliarden Euro Umsatz erzielt. Mit dem von mir initiierten, in der letzten Sitzungswoche im Plenum in 1. Lesung debattierten Antrag „Individuelle Gesundheitsleistungen eindämmen“ (BT-Drs. 17/9061) wollen wir die Abzocke auf dem IGeL-Markt eindämmen.

Wir wollen Patientinnen und Patienten vor IGeL-Missbrauch schützen, sie sollen weiterhin ihren Arzt und keinen Kaufmann treffen, sollen auf ärztliche Ethik zu ihrem Wohle vertrauen können. Auch die Mehrheit der ÄrztInnen sieht in diesen Verkaufsgeschäften ein großes Problem. Der Union geht das immer umfangreicher gewordene IGeL mittlerweile ebenfalls zu weit, nur die FDP spricht von Einschränkung der Wahlfreiheit.

## MEHR TRANSPARENZ UND AUFKLÄRUNG

Wir wollen mehr Transparenz und Aufklärung über den Sinn und Unsinn der IGeL, begrüßen daher auch den „IGeL-Monitor“ der gesetzlichen Kassen. Wir fordern eine zeitliche Trennung von Leistungen nach dem GKV-Katalog und den IGeL als Selbstzahlerleistung. Patientinnen und Patienten sollen sich nach einem persönlichen Aufklärungsgespräch mit ihrem Arzt frei, ohne Druck und Zwang, entscheiden können.

Wir fordern verbindliche Regelungen für einen schriftlichen Behandlungsvertrag vor jeder IGeL-Behandlung, fordern schriftliche Rechnungen. Wir wollen eine bessere Datenlage und mehr Studien über den IGeL-Markt. Unser gesundheitspolitisches Ziel ist es, dass Vertragsärzte ihre Zeit den wirklich behandlungsbedürftigen Patientinnen und Patienten zur Verfügung stellen. **Mechthild Rawert** □

Vorstandswahl:

# „Lähmung unserer Fähigkeiten“

Karl-Heinz Niedermeyer zur Debatte um Aufgaben und Ausrichtung der Partei

**Drei Monate wurde die Berliner SPD an der Nase herumgeführt. In der Landesvorstandssitzung am 23. April rückte Jan Stöß endlich mit der Sprache heraus: Er will auf dem Landesparteitag am 9. Juni gegen Michael Müller antreten und Landesvorsitzender werden.**

Hauptargument in dem an diesem Tag veröffentlichten Schreiben an die Mitglieder: „Die Berliner SPD muss unabhängig vom Tagesgeschäft der Koalition ihre ganz eigene sozialdemokratische Haltung zu den Problemen in unserer Stadt - von Renten bis Mieten oder der S-Bahn - finden. Wir sollten bereit sein, manchmal weiter als nur bis zu den Kompromissen des Koalitionsvertrags zu denken.“

## KEINE DENK- UND SPRECHVERBOTE

Das sind eigentlich Selbstverständlichkeiten. Mit einem Koalitionsvertrag, ganz gleich mit welcher Partei, geben die Vertragsparteien keineswegs ihre politische Unabhängigkeit auf. Und auch ihre führenden Repräsentant/Innen, gleichgültig welche Funktion sie als Senatsmitglieder, Fraktionsvorsitzende, Fraktionsmitglieder oder Angehörige der Parteiführung haben, unterwerfen sich mit einem solchen Vertrag auch keinen Denk- und Sprechverböten in der Weise, dass sie die politischen Ziele der SPD in der Öffentlichkeit nur noch in dem Rahmen vertreten dürfen, wie sie mit dem Koalitionsvertrag vereinbar sind.

Auf der anderen Seite müssen sich aber auch führende Parteimitglieder, die keine Regierungsämtler haben, in ihrem öffentlichen Auftreten stets der Tatsache bewusst sein, dass sie nach Abschluss des Koalitionsvertrags gegenüber den Berlinerinnen und Berlinern die stärkere Regierungspartei zu vertreten haben, die sich in dieser nicht ganz einfachen Konstellation einer Koalition mit der CDU eine Erfolg versprechende Ausgangsposition für die Neuwahl des Abgeordnetenhauses im Jahre 2016 schaffen muss.

## EINE ANDERE ROLLENVERTEILUNG

Es ist also keineswegs so, wie das Kandidatenschreiben von Jan Stöß suggeriert, dass in diesem Gesamtaufreten der Partei den Senatsmitgliedern die Rolle zukommt, das gemeinsame Regierungsprojekt zu vertreten, während die Aufgabe eines Parteivorsitzenden und möglicherweise zusätz-



Mitgliederforum in der Urania: Jan Stöß, SPD-Pressesprecherin Josephine Steffen und Michael Müller. Foto: Horb

lich eines Fraktionsvorsitzenden, der nicht in die Regierendisziplin eingebunden ist, darin besteht, unabhängig von den Festschreibungen des Koalitionsvertrags die Grundwerte und Ziele zu vertreten, welche von den Mitgliedern und Anhängern noch als SPD pur wahrgenommen werden können.

Es war ja gerade der Berliner Linken, in der Jan Stöß schon zum Zeitpunkt der Abgeordnetenhauswahl und des Beginns der Koalitionsverhandlungen eine führende Rolle einnahm, keineswegs unbekannt, auf welche Problematik sie sich bei einer Koalition mit der CDU einlassen würde.

Es handelte sich um ein Bündnis mit der Partei, die den Teil des politischen Spektrums vertritt, das nicht zur gefühlten linken Mehrheit der Stadt gehört, deren Führung die SPD aber behaupten muss, wenn sie ihre Führungsrolle in der Stadt über das Jahr 2016 hinaus behalten will.

## BERLINER SPD IM ROLLENKONFLIKT

Aus dieser Konstellation ergibt sich der jetzt in dem Führungsstreit um den Landesvorsitz virulent gewordene Rollenkonflikt, dass die SPD sich nur dann realistische Wiederwahlchancen erarbeiten kann, wenn sie in dieser Koalition nicht nur möglichst viel sozialdemokratische Politik durchsetzt, sondern dieses Regierungsprojekt in der Weise zum Erfolg führt, dass ihr die positiven Ergebnisse der gemeinsamen Regierungspolitik als der führenden Regierungspartei auch in größerem Umfang zugeschrieben werden als dem Koalitionspartner.

Zur Absicherung und wirksamen Kommunikation einer solchen erfolgreichen Regierungsführung gehört natürlich auch ein bestimmtes Rollenverhalten aller Reprä-

sentant/Innen der größeren Regierungspartei. Sie unterliegen in einem gewissen Umfang - natürlich nicht bis zur Selbstverleugnung und der Aufgabe zentraler sozialdemokratischer Ziele - der Notwendigkeit, die Regierungspolitik gegen die Kritik der insgesamt - bei den Piraten ist die politische Grundorientierung ja noch offen - dem linken Spektrum zuzuordnenden Oppositionsparteien zu verteidigen.

Der Spagat in dieser Neuaufstellung der SPD nach der Regierungsbildung besteht aber nun darin, neben dieser Ausfüllung der Rolle als Regierungspartei mit einem konservativen Partner, der sich zudem in der Öffentlichkeit durchaus sozialdemokratische Attitüden zulegt, zugleich die Führung des linken Lagers in der Stadt zu behaupten und glaubwürdig die Botschaft zu vermitteln, dass eine SPD ohne Hemmungen durch den Koalitionspartner noch viel mehr und Besseres für die Stadt leisten könnte.

## GEMEINSAME ENTSCHEIDUNG FÜR DIE KOALITION

Jan Stöß hat das in den Plenumsitzungen der Berliner Linken (BL) nach dem Scheitern der Koalitionsverhandlungen und der Entscheidung für eine Regierungsbildung mit der CDU durchaus gesehen und thematisiert. Er hat aber selbst daraus nicht die Konsequenz gezogen, die Entscheidung für Koalitionsverhandlungen mit der CDU noch einmal zu überdenken, sondern entscheidend dazu beigetragen, dass die BL sowohl die Aufnahme der Verhandlungen als auch das Verhandlungsergebnis und die Entscheidung für die Regierungsbildung mit der CDU mit großer Mehrheit unterstützt hat.

In der entscheidenden Phase vor der Entscheidung für eine Koalition mit der CDU war auch in den Diskussionsbeiträgen von Jan Stöß und anderen führenden Vertreter/Innen der BL niemals davon die Rede, dass es angesichts der Problematik dieser Koalitionsbildung besonderer Vorkehrungen und einer bestimmten Arbeitsteilung zwischen Senatsmitgliedern, Fraktion und Partei bedürfe, um die Handlungsfähigkeit der Partei zu sichern und eine Fesselung der Gesamtpartei durch die Festlegungen des Koalitionsvertrags zu verhindern. Niemand sprach davon, dass beim Eingehen einer solchen Koalition der Parteivorsitzende nicht dem Senat angehören sollte.

Es ist wenig glaubwürdig, dass diese Ge-

**Fortsetzung Seite 15**



**Fortsetzung von Seite 14**

sichtspunkte erst nach drei Monaten „reiflicher Überlegung“, in denen sich die Berliner SPD nur mit sich selbst beschäftigte, zuließ, dass die Medien sie als in sich zerrissen und Spielball innerparteilicher Machtkämpfe vorführen konnten, in der letztendlichen Entscheidung von Jan Stöß, für den Landesvorsitz zu kandidieren, zum Tragen gekommen sein sollten.

#### UMGANG MIT DER MITGLIEDERBEFRAGUNG

Es ist vielmehr ziemlich offenkundig, dass dem monatelangen Hinauszögern dieser Entscheidung das Motiv zugrunde lag, den Zeitraum für die vorgeschlagene Mitgliederbefragung so knapp zu machen, dass sie vor dem 9. Juni von den satzungsmäßigen Voraussetzungen und technischen Rahmenbedingungen her praktisch nicht mehr durchgeführt werden konnte.

Die Ablehnung einer Mitgliederbefragung durch die Mehrheit des Landesvorstands zeitgleich mit der öffentlichen Bekanntgabe der Kandidatur von Jan Stöß deuten vielmehr auf eine von langer Hand



Fragen aus der Mitgliedschaft: Mitgliederforum der Berliner SPD. Foto: Horb

geplanten Etappenlauf mit dem Ziel der Ablösung des derzeitigen zweiten Mannes der Berliner SPD und der Sicherung des Landesvorsitzes als Startposition für die Spitzenkandidatur im Jahre 2016.

Der Eindruck einer solchen konsistenten Strategie verstärkt sich durch das Abblocken eines durch eine Spandauer Abteilung bereits eingeleiteten Mitgliedergehens durch eine Jan Stöß unterstützende Mehrheit in einer weiteren Landesvorstandssitzung.

Zu kritisieren sind hier nicht die legitime

Kandidatur von Jan Stöß für den Landesvorsitz und seine möglichen weitergehenden politischen Ambitionen. Konkurrenz und personelle und inhaltliche Alternativen beleben die Arbeit von Parteien und fördern ihre Weiterentwicklung.

Kritikwürdig ist aber das offenbar ausschließlich an der persönlichen und innerparteilichen Machtbildung orientierte Vorgehen, das sich auch über die Beteiligungsrechte und -Beteiligungsmöglichkeiten der Mitglieder an einer solchen wichtigen Weichenstellung hinwegsetzt.

Kritikwürdig ist aber vor allem die monatelange Lähmung der Fähigkeiten und Möglichkeiten der Berliner SPD, in der schwierigen Koalition mit der CDU ein Höchstmaß an sozialdemokratischer Politik für die Menschen in Berlin umzusetzen, aber auch die bisher versäumte Chance, die auch aus vielen Neumitgliedern bestehende Fraktion zu einer handlungsfähigen Einheit zur Unterstützung sozialdemokratischer Regierungspolitik und zur erfolgreichen Weiterführung des mit den erfolgreichen Koalitionsverhandlungen so positiv begonnenen Projekts zusammen zu schweißen. **Karl-Heinz Niedermeyer** □

#### Partei:

## Digitales Votum ermöglichen

### Hans-Willi Weizen: Plädoyer für neue Formen der Beteiligung in der SPD

**Im Herbst 2011 wurde aus dem Fachausschuss Wirtschaft beim Landesvorstand angeregt, die mehreren hundert Mitglieder des Fachausschusses, von denen nur wenige an den Sitzungen teilnehmen, unter Nutzung des seit einigen Jahren bekannter werdenden Internets an einer einzelnen inhaltlichen Entscheidung dieses Fachgremiums mitwirken zu lassen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesverbandes in der Müllerstraße bereiteten dies dankenswerterweise rasch und effizient auf. Ein digitales Votum sollte über eine für kommunale Unternehmen schädliche Gesetzesnovelle des von der FDP geführten Bundeswirtschaftsministeriums abgegeben werden können.**

Der Geschäftsführende Landesvorstand unterband dies. Eine Begründung erfolgte nicht. Einige Wochen später wurde eine Piratenpartei bei den Abgeordnetenhauswahlen aus dem Stand nahezu zweistellig. Eine Korrektur der Fehlentscheidung des Geschäftsführenden Landesvorstandes erfolgte bis heute nicht, desgleichen keine Begründung des undigitalen Fehlverhaltens. Der neue Geschäftsführende Landesvorstand sollte noch in diesem Jahr mehr Transparenz und Partizipation ermöglichen, indem er den hervorragenden Inter-



Gehen Sie mit der Zeit: Uhr vor dem SPD-Haus mit Facebook-Adresse der SPD. Foto: Horb

netauftritt des Landesverbandes innerparteilich wie folgt ergänzt: Den Fachausschüssen wird freigestellt, ob sie pilotweise das digitale Votum für ihre fachlich beratende Arbeit nutzen wollen. Den Fachausschüssen wird freigestellt, ob sie pilotweise einen für ihre Mitglieder offenen Chat vorschalten. Dem nächsten Parteitag sollte der Landesvorstand berichten, welche Maßnahmen er ergriffen hat. Die Erfahrungen der Bundespartei, insbesondere beim digitalen Votum über die Verleihung des Gustav-Heinemann-Bürgerpreises an den Jesuitenpater Klaus Mertes im Jahr 2012, sind einzubeziehen.

Der neue Fraktionsvorstand der Partei im

Abgeordnetenhaus könnte auch mithelfen. Er könnte zeitnah eine gemeinsame Vorstandssitzung mit dem Fraktionsvorstand der Piratenpartei durchzuführen. Er könnte dabei und darüber hinaus weitere Möglichkeiten digitaler Partizipation ermitteln und prüfen und den neugewählten Geschäftsführenden Landesvorstand auf dem Weg in die digitale Welt jenseits der Tischvorlage und des Offsetdrucks solidarisch begleiten.

Im einhundertundfünzigsten Jahr des Bestehens der SPD (2013, wenn Ferdinand Lassalles Präsenzveranstaltung zur Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins als Gründung angesehen wird) sollte die Präsenzveranstaltung im Landesverband für die Fachausschüsse - und bei Interesse auch für die Arbeitsgemeinschaften - in geeigneten Fällen digital ergänzt worden sein. Eine Ablösung der Präsenzveranstaltungen, insbesondere in Abteilung, Kreis und Land, ist nicht beabsichtigt, wenngleich die Barzahlung am Zahlabend 1863 über den Zwischenschritt der Unterkassierer mittlerweile durch eine Einzugsermächtigung ersetzt worden sein soll. Mitgliederversammlungen finden nach Abschaffung des Zahlabends weiterhin statt. Desgleichen Landesparteitage. Das Internet beißt sie nicht weg, wirklich nicht, keine Angst. **Dr. Hans Willi Weizen** □

Urheberrecht:

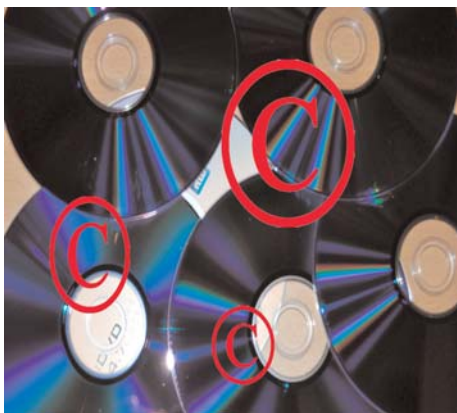
# Weiterentwicklung nur im Dialog

## SPD-Bundestagsfraktion legt Thesenpapier vor

**Die SPD-Bundestagsfraktion hat jetzt ein Thesenpapier für ein faires und zeitgemäßes Urheberrecht vorgelegt. Mit den zwölf Punkten soll „eine ehrliche Debatte über die Zukunft des Urheberrechts“ in Gang gesetzt werden.**

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich darin für eine Modernisierung des Urheberrechts in der digitalen Gesellschaft ein, das Kreative und Urheber stärkt und das Recht mit neuen digitalen Nutzungspraktiken in Einklang bringt. „Unser Ziel ist es, einen fairen und gerechten Ausgleich der Interessen von Urhebern, Verwertern und Nutzern sicherzustellen“, heißt es im Thesenpapier. „Wir wollen sie bei der legitimen Durchsetzung ihrer Rechte unterstützen – sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Die Weiterentwicklung des Urheberrechts kann nur im Dialog und nicht gegeneinander gelingen.“

Die SPD fordert ein modernes Urheberrecht, das den Anforderungen der digitalen Welt Rechnung trägt. Ziel sei es, eine Balance zwischen den beteiligten Akteuren herzustellen. Wenn es zu einem gerechten Ausgleich der Interessen von Urhebern, Verwertern und Nutzern komme, dann könne auch die Legitimationskrise des Urheberrechts gestoppt werden. Darüber hinaus müssen auch die Verteilungsfragen in-



Streitpunkt Copyright.

Foto: Horb

nerhalb der Kreativwirtschaft thematisiert werden, so die Bundestagsfraktion. Die SPD tritt dafür ein, den Urheber im Verhältnis zum Verwerter zu stärken.

Da das Kopieren einfacher geworden ist, gelte es, eine Akzeptanz für den Wert geistigen Eigentums sowie effektive Maßnahmen zu dessen Schutz zu vermitteln. Zugleich müssen Modelle entwickelt werden, die einfach und nutzerfreundlich eine legale Nutzung geschützter Inhalte ermöglichen und auch den Nutzern Rechtssicherheit bieten. Auch Modelle der freiwilligen Lizenzierung, wie sie beispielsweise die Or-

ganisation Creative Commons (CC) in ihren Lizenzvertragsmustern vorschlägt, können eine nutzerfreundliche Möglichkeit unbürokratischer Rechteeinräumung darstellen und sollten gefördert werden.

Kritisch wird eine „Kulturflaute“ gesehen, „denn eine solche Zwangsabgabe würde zu einer erheblichen Belastung auch derjenigen führen, die das Internet nur in geringem Umfang nutzen“. Sie sei im Übrigen mit einer Legalisierung der massenhaften unerlaubten nichtkommerziellen Nutzung digitaler Werke verbunden und entzieht dem Urheber damit die Befugnis, über die Nutzung seines Werkes selbst zu entscheiden. Die Rechtswahrnehmung durch Verwertungsgesellschaften wird weiter als wichtiges Element gesehen.

„Maßnahmen zum Schutz geistigen Eigentums müssen verhältnismäßig sein“, so die Fraktion. Damit erteilt sie flächendeckender Überwachung im Internet eine Absage. Auch die Rechtsdurchsetzung muss effektiv, aber verhältnismäßig sein, was hohen Abmahnkosten einen Riegel vorschreiben würde. Für ein wissenschafts- und bildungsfreundliches Urheberrecht, wie es die SPD-Fraktion fordert, müssen die Rahmenbedingungen gegebenenfalls angepasst werden. **BS □**

## Gesellschaft im digitalen Wandel

### Berliner Netzpolitiker legen Handbuch für die Praxis vor

**„Wegweiser und Türöffner in die digitale Welt“ nennt Nicole Zeuner, Referentin BerlinPolitik bei der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), das Handbuch „Gesellschaft im digitalen Wandel“ in ihrem Vorwort. Als Herausgeber wolle das Forum Berlin der FES neue Herangehensweisen für existierende Politikfelder sichtbar machen.**

Die Autoren Yannick Haan und Jonas Westphal, beide im Forum Netzpolitik der Berliner SPD aktiv, beschreiben den digitalen Wandel und seine Auswirkungen in den acht Feldern Soziales, Arbeit, Bildung, Wirtschaft, Außen- und Sicherheitspolitik, Recht, Medien und Stadt.

Für jeden dieser Bereiche liefert Jonas Westphal einen Überblick über die bisherigen Veränderungen und er wagt einen Ausblick. Yannick Haan steuert kurze beispielhafte Porträts und eine Übersicht wichtiger Expertinnen und Exper-

ten im jeweiligen Handlungsfeld bei. Literaturhinweise runden die jeweiligen Kapitel ab.

Deutlich werden eine ganze Reihe von politischen Herausforderungen. Eine beschreibt Björn Böhning, SPD-Netzpolitiker und Chef der Senatskanzlei in seinem Vorwort: „Eine digitale Spaltung der Gesellschaft will ich nicht akzeptieren, jeder soll die gleiche Chance haben, vom Internet zu profitieren.“

Es sind aber auch Fragen wie die nach der Netzneutralität, also einer Gleichbehandlung aller Datenübertragungen in den Leitungen. Internet und Fernsehen sind bald nicht mehr voneinander zu trennen, was bedeutet das für bislang existierende Geschäftsmodelle und eine zukunftsorientierte Medienpolitik?

Wie kann der Zugang zu Wissen für alle sichergestellt werden? Und wie kann und muss sich die städtische Infrastruktur verändern? Wie werden die Netze für Daten

Yannick Haan,  
Jonas Westphal,  
Gesellschaft im  
digitalen Wandel,  
Hrsg. Friedrich-  
Ebert-Stiftung  
(ISBN: 978-3-86498-  
132-6) Kostenlos  
erhältlich beim  
Berlin Forum der  
FES, Kontakt: 269  
35- 9242



und Energie konstruiert? Elektromobilität wird die Städte weiter verändern.

Das Handbuch „Gesellschaft im digitalen Wandel“ reißt diese Themen an und bietet sich als Quelle für eigenen Recherchen an. Allen, die Einfluss auf die gesellschaftlichen Entwicklungen nehmen wollen, kann es ein hilfreiches Arbeitsmittel sein. Neben der gedruckten Fassung soll - wie könnte es anders sein - in Kürze auch eine elektronische Version vorliegen. **U.H. □**



Projekte:

# 30 Jahre aktive Friedensarbeit

Das Anti-Kriegs-Museum in Mitte feierte Geburtstag - Dank an Initiator Tommy Spree

Das von Tommy Spree wiedergegründete Anti-Kriegs-Museum konnte am 2. Mai auf sein 30jähriges Bestehen zurückblicken. Zur Festveranstaltung in die Brüsseler Straße im Wedding kamen viele ehrenamtliche Helfer, Wegbegleiter und Unterstützer aus dem Bezirk wie Mittes Bezirksbürgermeister Christian Hanke oder die frühere Abgeordnete Heidemarie Fischer. Die BERLINER STIMME dokumentiert die Glückwünsche von Abgeordnetenhauspräsident Ralf Wieland.

„Neuer Saft in den Graswurzeln“, so lautete die Überschrift eines Leitartikels in der „Zeit“ im Mai 1986. Mit „Graswurzeln“ waren Basisbewegungen gemeint, die damals in allen Bereichen der Gesellschaft heranwuchsen. Dazu zählten Umweltschützer genauso wie Friedensgruppen, Fraueninitiativen oder Mietervereine. Überall in der Republik fanden sich historisch begeisterte Bürgerinnen und Bürger zusammen und machten das, was wir heute unter „Geschichtswerkstatt“ verstehen. Das Interesse an historischen Entwicklungen, an der Stadtteilgeschichte oder auch an der Geschichte einzelner Menschen wuchs in dieser Zeit enorm.

Ein gutes Beispiel dafür ist die 750 Jahr Feier Berlins im Jahre 1987, wo die Berliner Geschichtswerkstatt allein drei Ausstellungen zur Stadtteilgeschichte durchführte.

Geschichtsarbeit am Menschen orientiert, Geschichte als konkrete Erkundung oder, wie beim Anti-Kriegs-Museum, dessen Jubiläum wir jetzt feiern, als Anknüpfung an eine große Familiengeschichte:

Zu Beginn der 80er Jahre bildeten sich viele regionale Gruppen, um das große basisdemokratische Experiment zu wagen: Sich durch die Beschäftigung mit der Vergangenheit der eigenen Wurzeln zu vergewissern und Hilfe für die eigenen Gegenwartsprobleme in den Lösungen der Geschichte zu suchen – oder: wie beim Anti-Kriegs-Museum: Lehren zu ziehen aus dem Widerstand gegen Faschismus und Intoleranz; Lehren zu ziehen aus Krieg und Vernichtung.

Wenn wir jetzt, am 2. Mai 2012, das 30-jährige Jubiläum des Anti-Kriegs-Museums im Wedding feiern, dann liegt dieser Termin genau auf dem Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkriegs. Am 2. Mai 1945 unterzeichnete der Kampfkommandant von Berlin General Helmuth Weidling in Tempelhof die Kapitulation seiner Truppen. Die Schlacht um Berlin war beendet. Die Berlinerinnen und Berliner mussten keine Angst mehr haben vor Bomben und



Vor der Eröffnung 1982: Tommy Spree beim Aufhängen der Bildtafeln. Foto: Horb

Granatfeuer. Es war ein Tag der Befreiung für die Bevölkerung, aber auch für die Überlebenden in den Vernichtungs- und Zwangsarbeitslagern. Der andere Termin ist der 8. Mai. Erst da war die Nazi-Barbarei endgültig besiegt.

Lieber Tommy Spree, dieses Anti-Kriegs-Museum ist von Ihrem Großvater Ernst Friedrich 1925 als Reaktion auf die Grauen des Ersten Weltkriegs gegründet worden. Dem Pazifisten und Kriegsgegner Ernst Friedrich, der zuerst in der Parochialstraße in Berlin-Mitte seine gesammelten Objekte von Käthe Kollwitz-Bildern bis zu Fotografien von verstümmelten Soldaten des Ersten Weltkriegs zeigte, ist es zu verdanken, dass es heute dieses Museum wieder gibt.

Das Museum von Ernst Friedrich stand bei seiner Eröffnung in der Tradition antimilitaristischer Organisationen. Dazu gehörte der ‚Friedensbund der Kriegsteilnehmer‘, der Anfang der 20er Jahre 30.000 eingetragene Mitglieder zählte. Hier engagierten sich Carl von Ossietzky und Kurt Tucholsky. Einer der Initiatoren, der Journalist Karl Vetter und damals Redakteur der Berliner Volks-Zeitung, veröffentlichte 1919 den Gründungsauftrag des ‚Bundes‘. Daraus möchte ich zitieren, weil er auch den Anlass und den Sinn dieses Museums sehr plastisch schildert: „Der Weltkrieg ist vor-



Mai 2012: Christian Hanke, Tommy Spree und Ralf Wieland vor dem Museum. Foto: Horb

bei. Wenn er einen Sinn gehabt haben soll, kann es nur der gewesen sein, die Völker über den Aberwitz bewaffneter Auseinandersetzungen zu belehren. Auch solche gigantischen Lehren werden jedoch rasch vergessen. Es gilt, die Erinnerung an die Leiden, das Blut, den Schmerz, das unterdrückte Menschentum wachzuhalten.“

Auch wenn der Bund der Kriegsteilnehmer nicht von langer Dauer war, so ist es ihr Anliegen bis heute geblieben. Die Bedrohung der Menschheit durch Kriegswaffen, durch chemische oder biologische Kampfstoffe, durch Langstreckenraketen – auch in den Händen von Diktatoren, all das treibt uns um. Stichworte dazu sind der Balkankonflikt, der Golf-Krieg, Afghanistan oder die Entwicklung im Iran.

Willy Brandt hat gesagt: „Von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen.“ Und ich sage: Die Opfer der Kriege verpflichten uns dazu.

Sie, lieber Tommy Spree, setzen sich seit Jahrzehnten dafür ein, dass das so ist und dass das so bleibt. Ich danke Ihnen für 30 Jahre aktive Friedensarbeit.

**Ralf Wieland** □

➡ Antikriegsmuseum, Brüsseler Str. 21, 13353 Berlin (U-Bhf Seestraße). Öffnungszeiten: täglich 16 bis 20 Uhr, auch sonntags und feiertags. Telefon: 4549 0110

## Gewerkschafter und Senator

Harry Liehr feierte seinen 85. Geburtstag

**Als Jugendsekretär der Baugewerkschaft für Groß-Berlin begann Harry Liehr 1946. Am 15. Mai feierte der ehemalige Berliner Senator seinen 85. Geburtstag.**

Im August 1949 trat Harry Liehr, stark beeinflusst von Ernst Reuter, in die SPD ein. Er gehörte zu denen, sagt er von sich selbst, die Willy Brandt die Mehrheit in der Berliner SPD sicherten. 20 Jahre gehörte er dem

Landesvorstand an. Zehn Jahre war er Vorsitzender der DGB-Jugend in Berlin. Als Vorsitzender des Landesjugendrings kandidierte er 1958 erfolgreich das erste Mal für das Abgeordnetenhaus. 1962 zog er in den Deutschen Bundestag ein, von 1971 bis 1975 war er Senator für Arbeit und Soziales, 1975-76 Senator für Verkehr und Betriebe. 1977 war er für den „Flughafenumzug“ von Tempelhof nach Tegel zuständig. **BS** □



## Kulturforum: Jour fixe

**Das Kulturforum Stadt Berlin lädt zum nächsten Jour Fixe am 6. Juni im Schloss Schönhausen.**

Der Besuch beginnt mit einer Einführung durch Herrn Kirschstein und Diskussion. Im Anschluss daran kann man an einer Führung mit ihm durch die drei Stockwerke des Schlosses teilnehmen. Die Führung kostet 4 Euro pro Person und kommt dem Schloss zugute.

➡ Mittwoch, 6. Juni 2012 um 17:30 Uhr, Schloss Schönhausen (Foyer), Tschaikowskistraße 1, 13156, Berlin-Pankow

**Aus Datenschutzgründen  
nicht in der  
Internetversion enthalten**

## T ERMIN E

■ 26.05.2012, 10:00 - 12:00 SPD Neukölln - AfA Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, **Arbeitslosenfrühstück**, SPD Bürgerbüro, Herrfurthplatz 5, 12049 Berlin. Auf Wunsch mit Beratung. Das Frühstück findet jeden 4. Sonnabend im Monat statt.

■ 29.05.2012, 19:00, SPD Berlin, **Mitgliederforum NORD**, BVV SAAL Pankow auf dem Bezirksamtsgelände an der Fröbelstraße, Haus 7, Prenzlauer Allee 70 /Fröbelstraße 17, 10405 Berlin, ÖPNV: S-Bhf. Prenzlauer Allee: S8, S85, S9, S42, S41, Fröbelstr.: M2

■ 29.05.2012, 19:30, SPD Mitte, **Im Gespräch: Dr. Peter Struck und Ralf Wieland**, Veranstaltungsort: Ufer-Studios am Luisenbad, Tor 1, Badstr. 41a, 13357 Berlin. Dr. Peter Struck, langjähriger Bundestagsabgeordneter, SPD-Fraktionsvorsitzender und Verteidigungsminister, ist zu Gast bei dem Weddinger Abgeordneten Ralf Wieland. Diskutiert wird u.a. die Frage: Können Parlamente und Politiker noch die Richtlinien zum Wohle des Volkes vorgeben oder sind sie Getriebene im eigenen Land?

■ 30.05.2012, 18:00, Fachausschuss Internationales + Afghanistan-Komitee, **Atomkonflikt Israel- Iran und Abwendung der USA von Europa – Herausforderungen für die deutsche und europäische Sicherheitspolitik**, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 320, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin. Der Fachausschuss beschäftigt sich in seiner Mai-Sitzung mit zwei aktuellen sicherheitspolitischen Fragen: dem Atomstreit mit dem Iran und der neuen Verteidigungspolitischen Ausrichtung der USA. Mit Oliver Schmidt, Doktorand an der Stiftung der Wissenschaft und Politik, Mitglied des Vorstands des FA I und Karsten D. Voigt, langjähriger Koordinator der Bundesregierung für die Deutsch-Amerikanischen Beziehungen

■ 31. Mai 2012, 18.30 bis 20.30 Uhr, **Fachausschuss Jugend, Wahlen zum FA-Vorstand, Zukunft der Kitas in Berlin** - zwischen Quantität und Qualität (Ref.: Susanne Kabitz, Kita-Eigenbetrieb City und Stefan Spieker, Fröbel e.V.), bei Gangway, Schumannstr. 5, 10117 Berlin-Mitte (schräg gegenüber vom Deutschen Theater)

■ 31.05.2012, 18:30, AfA Mitte, **Im Dialog - SPD und Beschäftigtenvertretungen aus Mitte**, Kaffeehaus/Restaurant Honigmond, Borsigstr.28, 10115 Berlin. Gast: Dr. Eva Högl (MdB). Um Anmeldung unter Frank.Kirstan@t-online.de wird gebeten.

■ 02.06.2012, 14:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - AG Migration, **Besuch des Lepsiushauses in Potsdam**, Lepsiushaus, Potsdam. Information und Diskussion über das Schicksal der Armenier im Osmanischen Reich. Anmelden und weitere Informationen unter Guenther.SchulzeBerlin@gmx.de.

■ 3.06.2012 um 11 Uhr, SPD **Freie Scholle-Te-**

**gel - Abteilungsfrühschoppen** in der AWO, Waidmannsluster Damm 79, 13509 Berlin (zu Gast: Michael Windisch von der Piratenpartei)

■ 04.06.2012, 15:00 - 18:00, **Bürgersprechstunde mit dem Bundestagsabgeordneten Swen Schulz** - Spandau, SPD Bürgerbüro, Bismarckstraße 61, 13585 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 36 75 70 90

■ 05.06.2012, 19:30, **Thierse trifft ... Egon Bahr**, Bundesminister a.D., ehem. Bundestagsabgeordneter, „Architekt der Ostverträge“, langjähriger Sprecher und Berater von Willy Brandt und Bundesgeschäftsführer der SPD, Kulturbrauerei, Soda-Salon, Eingang Knaackstraße oder Sredzkistraße, 10435 Berlin

■ 05.06.2012, 19:30, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. **Lichterfelde Ost und Süd, Abteilungskoordination**, Restaurant „Kastanie“, Ferdinandstraße 15, 12209 Berlin-Lichterfelde-Ost

■ 05.06.2012, 19:00 **Stammtisch „Eva and Friends“**, Gaststätte „Lindengarten, Nordufer 15, 13353 Berlin. Der Stammtisch findet regelmäßig jeden ersten Dienstag im Monat statt. Nächster Termin: 3. Juli.

■ 5.06.2012, 19:00 Uhr, der verkehrspolitische Sprecher Ole Kreins, der umweltpolitische Sprecher Daniel Buchholz und die Fachausschüsse FA XI Mobilität und des FA X Natur, Energie, Umweltschutz, **„Rekommunalisierung in der Daseinsvorsorge - wie soll es weiter gehen bei der Netzinfrastruktur von Gas, Strom, Wärme und Wasser, wie auch bei der Berliner S-Bahn?“** Berliner Abgeordnetenhaus, Raum 376, Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin

■ 07.06.2012, 19:00, SPD Treptow-Köpenick, **Schulden machen für die Bildung?** Diskussion mit dem Bundestagsabgeordneten Swen Schulz und der Abgeordneten Renate Harant, Alte Schule Adlershof, Dörfelstr. 54, 12489 Berlin

■ 09.06.2012, 10:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. **Lichterfelde Ost und Süd, „Im Gespräch mit den Menschen“ - Informationsstand**, Kranoldmarkt, 12209 Berlin-Lichterfelde-Ost

■ 09.06.2012, 09:30 **Landesparteitag der Berliner SPD**, Estrel, Sonnenallee 225, 12057 Berlin

■ 12.06.2012, 19:30, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. **Lichterfelde Ost und Süd, „Die neue Verteilungsfrage - Tendenzen, Ursachen und Folgen der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich“**, Reinhold-Voht-Haus - Soziale Dienste“, Osdorfer Straße 121, 12207 Berlin-Lichterfelde-Süd. Mitgliederversammlung mit Prof. Dr. Jürgen Schupp, Leiter des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)

■ 13.06.2012, 18.00 Uhr, **Landesvollversammlung der Berliner AfB** mit Wahl des Landesvorstands, auf Einladung von Ilkin Özisik, MdA im Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstr., Raum 376, statt.

■ 13.06.2012, 19:30, SPD Mitte - Abt. Luisenbad, **Panke – zurück zur Natur?! Was wird aus dem Flüsschen vor unserer Tür?** Referent: Thorsten Haas, „panke.info“, Glaskasten,

Prinzenallee 33, 13359 Berlin.

■ 13.06.2012, 19:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - **Abt. Dahlem, Abteilungssommerfest**, Friedenszentrum, Pacelliallee 61, 14195 Berlin

■ 13.06.2012, 19 Uhr „Eva and Friends“ **EM-Public Viewing „Deutschland-Niederlande“**, Nordufer 15 in 13353 Berlin. Es gibt Barbecue.

■ 16.06.2012, ab 13 Uhr, SPD Freie Scholle-Tegel - **Rock am Rondell: Das Sommerfest der SPD Abteilung Freie Scholle-Tegel**, in der Egidyastraße (Am Rondell) 13509 Berlin; mit Live-Musik, Grill-, Kuchen- und Getränkestand

■ 19.06.2012, 19:30, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abteilung **Lichterfelde Ost und Süd, „Sommer, Sonne, Sozis“ - Sommerfest**, im „Weinhandel Büsscher“, Lorenzstraße 57 a, 12209 Berlin-Lichterfelde-Ost

■ mehr: [www.spd-berlin.de/termine](http://www.spd-berlin.de/termine)

## Europa und der Fiskalpakt

**Nicht erst seit dem Wahlsieg von François Hollande in Frankreich wird der Fiskalpakt für Europa heftig diskutiert.**

Die SPD-Bundestagsfraktion stellt klare Anforderungen an eine Erweiterung des Paktes um ein Wachstums- und Investitionsprogramm, eine Finanztransaktionssteuer und die Sicherung der parlamentarischen Mitwirkungsrechte. Über Inhalte des Fiskalpaktes und Stand der Diskussion will die SPD-Bundestagsfraktion informieren.

➡ Montag, 11.06., 19.00 Uhr, Wilhelm-Leuschner-Saal im DGB-Haus, Kleiststr. 19-21, 10787 Berlin. Anmeldungen: 227-73750, E-Mail: [mecchthild.rawert@bundestag.de](mailto:mecchthild.rawert@bundestag.de)

## Debatte um Organspende

**In Deutschland warten jährlich rund 12.000 Menschen - 479 von ihnen in Berlin - auf das lebensrettende Organ eines anderen Menschen. Zwar erklären in Umfragen rund 75 Prozent der Bevölkerung ihre Bereitschaft zur Organspende, aber nicht einmal jeder Fünfte lässt den Worten Taten folgen.**

Die SPD-Bundestagsfraktion will daher das Transplantationsgesetz ändern. Sehr viele Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion machen sich für die Entscheidungslösung stark: Wir wollen, dass sich jede Bürgerin, jeder Bürger ab 16 Jahren wenigstens einmal im Leben aktiv mit der Frage befasst, ob sie oder er Organe spenden will, und die informierte eigene Entscheidung auch dokumentiert.

➡ Donnerstag, 14.06., 19.00 Uhr, Joseph Krankenhaus, Wüsthoffstr. 15, 12101 Berlin. Anmeldungen: 227-73750, E-Mail: [mecchthild.rawert@bundestag.de](mailto:mecchthild.rawert@bundestag.de)

## Die Berliner Stimme im Abonnement

**Änderungen beim Abonnement?** Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

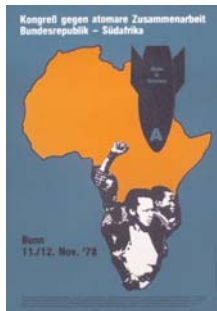
**Sie haben noch kein Abonnement?** Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

# Solidaritäten über Grenzen

Zum 100. Geburtstag des ANC: Ausstellung mit Plakaten aus Ost- und Westdeutschland

Szenen von Polizeigewalt, hochgestreckte Fäuste, der afrikanische Kontinent in geschundenen Umrissen, Mandela, Mandela und noch mal Mandela - ab den späten 1960er Jahren gingen diese und viele andere Motive um die Welt. Auch in den beiden deutschen Staaten schmückten sie, auf Papier gedruckt, Häuserwände, Demoplakate und Ausstellungen. Diese Plakate stehen nun im Mittelpunkt der Ausstellung „Solidaritäten über Grenzen. Anti-Apartheidkampagnen in der BRD und DDR“, die noch bis zum 22. Juni im August Bebel Institut zu sehen ist.

„Um eine kritische Würdigung der Kampagnen geht es uns“, sagt Manuela Bauche, Programmreferentin im ABI. So waren Kampagnen wie jene, die in der BRD zum Boykott südafrikanischen Obstes aufriefen, sehr erfolgreich, hantierten aber zugleich mit gewaltvollen Motiven, die umstritten waren und bleiben. Die DDR wiederum finanzierte Kampagnen zur Befreiung politischer Gefangener in Südafrika und unterstützte den südafrikanischen Befreiungs-



Links: Plakat der Anti-Apartheid-Bewegung Westdeutschland (AAB) zu einem Kongress, der mehr als 500 internationale TeilnehmerInnen versammelte. Bonn, 1978 ©Hallstein Grafik



Rechts: Mandela als Ikone der Anti-Apartheid-Solidaritäten. Das Plakat wurde 1985 in der Ausstellung „Nie vergessen - Die Solidarität“ im Palast der Republik gezeigt. © Solidaritätsdienst-international e.V.

kampf finanziell wie militärisch, zeigte sich aber in der Frage eines Handelsboykotts mit Südafrika zunächst sehr zurückhaltend.

Einige der zahlreichen Bilder, die in dieser Solidaritätsarbeit benutzt wurden, ha-

ben die Ausstellungsmacherinnen Heike Hartmann und Susann Lewerenz zusammengetragen. Die Motive werden in Entwicklungen und Ereignisse in Südafrika und den beiden deutschen Staaten eingeordnet, ausführliche Bildunterschriften holen die Geschichten hinter den Grafiken hervor, erzählen etwa, wie ein Motiv erstmals auf Plakaten in der DDR verwendet wurden und später auf Demonstrationen in Bonn auftauchte oder wie über Jahrzehnte hinweg dieselben Bilder von Nelson Mandela auf Plakaten zu sehen waren, weil während seiner Inhaftierung kaum Fotos von ihm an die Öffentlichkeit kamen. Nicht nur sehen, auch hören kann man in der Ausstellung - nämlich Interviews mit ehemaligen Aktivist/innen der deutschen Anti-Apartheidbewegungen.

Die Ausstellung ist Teil der umfangreichen Reihe „Solidaritäten über Grenzen“, die ABI und Friedrich-Ebert-Stiftung im Mai und Juni gemeinsam ausrichten. Unter anderem kommen Mitstreiter/innen der Bewegungen sowie Historiker/innen zu Wort. Dabei werden stets west- und ostdeutsche Perspektiven und Erfahrungen zusammengebracht. Etwa wenn am 14. Juni die ehemalige Geschäftsführerin der westdeutschen Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) Ingeborg Wick, das ehemalige Mitglied des Solidaritätskomitees der DDR Peter Stobinski und Eric Singh, einst Mitarbeiter bei der in der DDR gedruckten ANC-Exilzeitung „Sechaba“, zusammenkommen. **BS** □

➡ Das vollständige Programm der Reihe findet sich unter: [www.fes.de/ANC100](http://www.fes.de/ANC100)

➡ Do 31. Mai, 18-20 Uhr, Graswurzel-Bewegung vs. staatlicher Auftrag? Anti-Apartheid-Kampagnen in BRD und DDR

➡ Do 14. Juni, 18-21 Uhr, Aufdecken, Schmuggeln, Streiten. Anti-Apartheid-Aktivist/innen erinnern sich

➡ Anmeldung: 4692-121

## Junge Klänge

Weltbeste Jugendorchester im Konzerthaus

Die weltbesten Jugendorchester präsentieren ihr Können vom 26. Juli bis 13. August 2012 im Berliner Konzerthaus.

Neben bekannten Klassiker von Isaac Albeniz über Ludwig van Beethoven bis Gustav Mahler und Peter Tschaikowsky stehen auch zahlreiche Gegenwartskomponisten auf dem Programm wie Philipp Glass oder Sofia Gubaidulina. Die Orchester und Solisten kommen aus Bulgarien, Südafrika, Kanada, China, Türkei, Frankreich, Schweiz, Südkorea oder sind international zusammengesetzte Klangkörper. Bei diesen Kon-

zerten präsentiert sich talentierter Nachwuchs, der ein genussvolles Event verspricht.

Die Veranstaltung „Young Euro Classic“ ist eine Erfolgsgeschichte, sie findet 2012 zum 13. Mal in Berlin statt. Karten kosten einheitlich 16 Euro zuzüglich Vorverkaufsgebühr von 1,60 Euro; Karten sind im Konzerthaus am Gendarmenmarkt, bei Dussmann und im KaDeWe oder im Internet erhältlich. **Gunter Lange** □

➡ Informationen, Programm und Ticketbestellung über [www.young-euro-classic.de](http://www.young-euro-classic.de)